

Leipziger NEUE

EINE LINKE ZEIWOCHENZEITUNG

■ Und abends wieder Kino

Ein Erlass Erich Zeigners und die sowjetische Militäradministration machten es möglich. Ab 11. Juli 1945 waren alle Leipziger Lichtspieltheater wieder geöffnet. **Seite 3**

■ Ausbildungsskandal!

Die Willkür der Fantastic Group gegenüber ihren Lehrlingen kennt keine Grenzen, doch die IHK missachtet die Aufsichtspflicht. **Seite 5**

■ Jupp Angenfort im Interview

Vier Jahre und vier Monate Haft für den westdeutschen Kommunisten wegen „Hochverrats“. Und der bestand vor allem in der FDJ-Mitgliedschaft. **Seiten 8/9**

14
2005

13. Jahrgang

15. Juli

1 Euro

Tel./Fax:

0341-

21 32 345

DEMOSKOPIE STATT DEMOKRATIE



Wahlergebnisse im Kaffeesatz?

Marc Ranster 2005

Magnet Links

Was für Franzosen und Niederländer das Referendum zur EU-Verfassung war, wird für die Deutschen die nächste Bundestagswahl. Wann immer sie kommt, 2005, 2006 – sie wird ein Volksentscheid für oder gegen Neoliberalismus. Kein „letztes Gefecht“. Keine Entscheidungsschlacht. Aber ein Gradmesser dafür, wie die von der Politik der Wirtschaftsverbände Betroffenen ihre eigenen Interessen begreifen.

„Bis jetzt konnten die mit uns machen, was sie wollen. Jetzt haben wir jemanden, der für uns kämpft!“ Der da beim Skat in der Miltitzer „Lindenquelle“ mit zugespitztem Urteil auf den Tisch schlägt, hat vielleicht bisher nicht mal PDS gewählt. Fast zur selben Zeit erklärt der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Prof. Hakki Keskin, nach dreißig Jahren SPD-Mitgliedschaft: „Wir brauchen hier in Deutschland eine linke Partei, die sich auf eine breite Basis stützen kann. Eine linke Partei, die als Opposition Widerstand leistet gegen die Parteien, die dem massiven Druck von Seiten der Großkonzerne nachgeben und Wirtschaftsverbände unterstützen. Und wenn diese linke Partei auch die berechtigten Forderungen der Migranten in ihr Programm aufnimmt, dann würde ich gerne in einer solchen politischen Bewegung mitwirken.“ Da deutet sich eine neue Dimension der mit der Linksalianz verknüpften Hoffnungen an – allen missgünstigen Versuchen zum Trotz, aus einem Wort Oskar Lafontaines Kapital zu schlagen, und ungeachtet von Differenzen unter Migranten über Keskins Kandidatur.

Hoffnung ist ein mächtiger Antrieb, aber schafft noch nicht Realität. Die schwankenden Umfragewerte der Linkspartei sind berechtigt. Beträchtliche Prozentsätze von CDU/CSU belegen den Einfluss alter Bindungen und neuer Täuschungen. Wer mit dem Projekt Linkspartei sympathisiert, muss jetzt auf alles gefasst sein. „Ich weiß, die Auseinandersetzung wird furchtbar – sie ist es ja schon“, sagt der Bremer Finanzexperte Prof. Rudolf Hickel, der dem Linksbündnis nahe steht.

Was die Neoliberalen alle Geschütze auffahren lässt, ist die Tatsache, dass eine **wirklich gesamtdeutsche** linke Kraft entsteht. Sie wirkt offenkundig attraktiv, Teile der Bevölkerung verfolgen förmlich elektrisiert ihren Geburtsprozess. „Im Westen warten viele darauf, um wieder wählen zu können“, meint Monika Knoche aus Württemberg. Die angesehene Gesundheitsexpertin gehörte zu den Gründern der Grünen. Seit vergangenem Wochenende kandidiert sie auf der Liste der sächsischen Linkspartei – gewählt mit dem besten Abstimmungsergebnis des PDS-Landesparteitags.

• GOTTFRIED BRAUN

Ethisch gut gebrüllt

Eine höchst interessante Mail, die uns da mit der Bitte um Veröffentlichung ins Haus flatterte. Der Präsident eines Ethikverbandes der Deutschen Wirtschaft (was es alles gibt) macht sich „große Sorgen“ um den „erheblichen Imageschaden für VW“, weshalb die dortigen Vorgänge sofort und schonungslos aufzuklären seien. Nur so könne der Schaden für VW in Grenzen gehalten werden. Dass dem Manne und seinem Verein gerade daran liegt, ist nachvollziehbar: Das gesellschaftliche Sein bestimmt das Bewusstsein. Dennoch, das einleitende Statement über „eine neue Unredlichkeit“ kann unsereins nur unterschreiben. Jeder spürt doch „dass es offensichtlich immer mehr Menschen in unserem Lande gibt, die sich bereichern, wenn es unauffällig möglich ist. Fehlendes Unrechtsbewusstsein und mangelnde Redlichkeit sorgen dafür, dass nicht nur Vorfälle wie bei VW, sondern in den letzten Jahren in Politik und Wirtschaft Korruption und Bereicherung zunehmen. Früher wussten Menschen noch, dass sie sich unredlich benehmen, wenn sie sich unredlich benehmen. Das Wesen der neuen Unredlichkeit ist es, dass Menschen sich unredlich benehmen, ihnen jedoch nicht mehr bewusst ist, dass sie dies tun.“

Ach ja, wie traurig.

Wenn sich der Präsident zusammen mit seinem Ethikverband wirklich Sorgen um das VW-Image macht, dann ist das hoffnungslos zu spät. Was ist an einem Unternehmen noch zu retten, dessen Personalchef Peter Hartz seinen Namen und vor allem seine Ideen ganz bewusst für den schlimmsten Sozialabbau in der deutschen Geschichte hergab? (Was jetzt natürlich keinesfalls als Grund für seinen angebotenen Rücktritt genannt wird.) Was ist das für ein Ethikverband, der sich wortreich gegen Korruption und Bereicherung ausspricht, aber gewiss nichts gegen die größtmögliche Geldumverteilung von unten nach oben hat, die hinter den Hartz-„Reformen“ steckt?

Doch siehe oben, die selbsternannten Unternehmer-Ethiker können wirklich schön formulieren. Man müsste ihnen sogar applaudieren, würden sie nicht eine unschuldige Masse, sondern Wesentliches wie Hartz und seine Kommission in Haftung nehmen: „Es wäre wahrlich ein Wunder, wenn in einem Unternehmen von mehr als 300 000 Mitarbeitern alle MitarbeiterInnen ausnahmslos gesetzeskonform und redlich handeln. An solche Wunder zu glauben, zeugt von einer gewissen Blauäugigkeit. Dass es bei VW und vielen anderen Unternehmen und in der Politik zu verwerflichen bis kriminellen Handlungen kommt oder zu kommen scheint, ist ein Zeichen unserer Zeit, in der Egoismus und Bereicherungssucht zunehmen.“

Gewiss, aber nach der Beichte ist man ja wieder sauber.

• MAXI WARTELSTEINER

Soziale Gleichgültigkeit

Erst durch eine Anfrage der PDS-Fraktion im Leipziger Stadtrat, die am 15. Juni vom Beigeordneten Detlef Schubert in der Ratsversammlung beantwortet wurde, kam die Schlampe zutage: Die ARGE (Arbeitsgemeinschaft) Leipzig – Instanz der Arbeitsagentur und der Kommune für die Betreuung der Arbeitslosengeld II-Empfänger – ist arg im Verzug mit der Bearbeitung der Widersprüche zu den Bescheiden über das ALG II. Man wolle versuchen, so Schubert nach der PDS-Anfrage, bis Ende Juni wenigstens über die noch 2004 eingegangenen Beschwerden zu entscheiden. Die gesetzlich vorgeschriebene Bearbeitungsfrist aber beträgt drei Monate!

Bislang musste rund jeder zweite Bescheid zugunsten der Beschwerdeführer entschieden werden, was für eine oberflächliche Vorarbeit spricht. Das gesetzwidrige Verzögern der Bearbeitung von Einsprüchen ist eine zusätzliche Belastung der ohnehin hart Betroffenen, die zu erheblichen Notlagen führen kann. Denn bekanntlich hat ein Widerspruch keine aufschiebende Wirkung.

Jetzt hat die PDS-Fraktion einen Antrag eingebracht, wonach der Oberbürgermeister beauftragt werden soll, sich bei der ARGE Leipzig für eine personelle Verstärkung der Widerspruchsstelle einzusetzen. Das ist sicherlich notwendig, aber zugleich stellt sich natürlich die Frage, warum der Oberbürgermeister und andere Verantwortliche der Stadt nicht schon längst selbst die Initiative ergriffen haben, um die gesetzwidrige Situation zu ändern. Das Verhalten der städtischen Beamten kann nur als soziale Gleichgültigkeit bewertet werden.

• G. L.

PDS bereits mitten im Wahlkampf

LN. Dr. Volker Külow, PDS-Direktkandidat im Wahlkreis 154 für die bevorstehende Bundestagswahl, eröffnete am 8. Juli seinen persönlichen Wahlkampf mit einem Stand in Leipzigs Innenstadt.

Anklang fanden nicht nur die persönlichen Gespräche mit ihm, sondern auch die Handzettel mit den wichtigsten Forderungen der Linkspartei zur Abwendung des Haushaltsdesasters, das der Stadt durch die rosa-grüne Finanzpolitik droht. Seine Forderungen u. a.: Wiedereinführung der Vermögenssteuer; Modernisierung der Gewerbesteuer durch Einbeziehung Selbständiger sowie ertragsunabhängiger Elemente wie Zinsen, Mieten, Pachten, Leasinggebühren; Erhöhung des Anteils der Kommunen an der Einkommensteuer sowie an der Umsatzsteuer, Vereinfachung der Förderpolitik und Abbau der Bürokratie ...



Foto: Märker

Leipzigs einzige noch verbliebene Tageszeitung mit hiesigem Ursprung veröffentlicht wie üblich Leserbriefe. Man muss zugeben: An manchen Tagen waren sie das Interessanteste der ganzen Ausgabe. Wird das so bleiben?

Der Wahlkampf hat begonnen, und Chefredakteur Hilder hat nicht erst in Leipzig sein Herz für die CDU entdeckt. Im Lippischen soll er es damit so krass getrieben haben, dass er für eine Lokalzeitung untragbar wurde. Wir erleben jetzt vor Ort, was es heißt, wenn ein Journalist im Netzwerk der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft steckt. Die hat der Unternehmerverband Gesamtmetall vor fünf Jahren ins Leben gerufen, damit uns Ökonomen, Politiker und Journalisten wirksamer als zuvor neoliberale Weisheit angeleihen

lassen. Wie an Leitartikeln uns schwer festzustellen, gehört Herr Hilder zu diesem Propagandaverbund, und er wird ihn im Wahlkampf nicht enttäuschen.

Am vergangenen Wochenende war sein Blatt auffallend zack

Eine gewisse Psychologie

mit Leserzuschriften. Vier der fünf Texte befassten sich mit Peter Sodanns Rücktritt vom PDS-Antritt, und gleich zwei davon übten sich in Psychologie.

Nr. 1: „Da merkt er, dass die Entlohnung für diesen Job nicht so toll ist, und er kehrt reumütig zurück in die Arme des Kapitalismus.“

Nr. 2: „Hat Peter Sodann nach-

gerechnet und festgestellt, dass er als möglicher Bundestagsabgeordneter weniger Geld verdienen würde? ... Oder hatte er einfach nur Angst vor der Verantwortung?“

Falls man vor lauter Schmunzeln überhaupt noch dazu in der Lage ist, fällt einem hier vielleicht eine Bemerkung des Chefredakteurs Karl Marx ein. Nämlich, „daß eine gewisse Psychologie das Große aus kleinen Ursachen erklärt und in der richtigen Ahnung, daß alles, wofür der Mensch kämpft, Sache seines Interesses ist, zu der unrichtigen Meinung fortgeht, es gebe nur ‚kleine‘ Interessen, nur die Interessen stereotyper Selbstsucht“ (Rheinische Zeitung, Köln, 19. Mai 1842). Besten Dank, Herr Schirmer und Herr Schindler, für die jüngsten Belege!

• gb

Nicht der, der unter Folter ein Geheimnis verrät, ist zu verurteilen, sondern der Folterer. Nicht der, der erpresst wird, ist zu verurteilen, sondern der Erpresser. Nicht Peter Sodann ist zu verurteilen, sondern Udo Reiter.

MICHAEL-A. LAUTER

DAS WORT VON DER RENTENNULLRUNDE GEHT UM. Für Bild war es vor einiger Zeit sogar eine Meldung auf Seite 1 wert. Falsch! Millionen in den vergangenen Wochen verschickter Bescheide weisen bei der maßgeblichen Größe – nämlich dem auszahlenden neuen Betrag – ein klares Minus auf. Bedingt durch den zusätzlichen Krankenversicherungsbeitrag. Laut Bild-Freund Helmut Kohl ist aber doch immer entscheidend, „was hinten rauskommt“.

Und nun? Wohl doch eine Minusrunde! • spitz

Heiße Tage und lange Nächte in Caracas

Im August trifft sich zum 16. Mal die Jugend der Welt

Caracas, Vargas und Miranda bekommen Bevölkerungszuwachs: Vom 7. bis 16. August treffen sich in diesen drei Regionen Venezuelas über 15 000 Jugendliche und Studierende aus 100 Ländern der Erde, um einander kennenzulernen, miteinander zu diskutieren und zu feiern. Solidarität, Friedensliebe und das Bündeln von jugendlicher Kraft über Ländergrenzen hinweg sind Ziele dieser 16. Weltfestspiele der Jugend und Studierenden, die unter dem Motto stehen: „Für Frieden und Solidarität! Wir kämpfen gegen Imperialismus und Krieg!“ Der Weltbund demokratischer Jugend (WBDJ) lädt zu diesem Festival ein, das jeweils im Vierjahres-Rhythmus an unter-

schiedlichen Orten der Welt stattfindet, zuletzt 2001 in Algerien. Die Idee dafür entstand nach dem zweiten Weltkrieg, um junge Menschen verschiedenster Nationen zusammenzuführen und sie weltweit gegen Imperialismus und Krieg zu verbünden.

Unter den knapp 200 Jugendlichen aus Deutschland – darunter Vertreter verschiedenster Organisationen wie von DGB, ver.di, GEW, Otto-Brenner-Stiftung, NGG, attac – ist auch eine starke Delegation der Metalljugend. Martin, Jenny, Rommy, Anja, Kati und die anderen sieben von der IG Metall Halle freuen sich riesig auf das Weltjugendtreffen. In vielen einfallreichen Aktionen, wie Mojitostände und T-Shirt-Verkauf, ha-

ben sie sich selbst einen Teil des Reisegeldes erwirtschaftet sowie für den Internationalen Solidfonds gesammelt, um Jugendlichen aus armen Ländern die Teilnahme zu ermöglichen. In Seminaren machten sie sich mit dem Gastland und der Landessprache vertraut. „Junge Leute aus anderen Nationen zu treffen, mit ihnen über ihre und unsere Probleme zu reden, aber auch zu singen, zu tanzen und dieses tolle Land kennenzulernen – wir freuen uns riesig auf Venezuela und seine lateinamerikanischen Nächte“, sagen übereinstimmend die fünf Hallenser, die sich schon jetzt im Festivalfieber befinden.

www.weltfestspiele.de

• JUDO

Ein halbes Jahr vor der Kapitulation Hitlers Deutschlands, im Herbst 1944, sahen die Moskauer in den Kinos einen Film über den Tag des Sieges: „Um 6 Uhr abends nach Kriegsende“. Regisseur Iwan Pyrew hatte diese Komödie über den lang ersehnten ersten Tag des Friedens gedreht. Die Liebesgeschichte mit viel Musik handelte von einer Kindergärtnerin und einem Artillerieoffizier, die es tatsächlich schaffen, sich nach Kriegsende

berg aus. Er, der spätere erste deutsche Leiter der Sovexportfilmstelle Sachsen in der Querstraße, zählte von Anbeginn zu den engsten Mitstreitern sowjetischer Kulturoffiziere. Die Röck tanzte nach einigen Wochen allerdings doch wieder auf Leipziger Leinwänden. Eine Gefängnisstrafe gab es dafür nicht. Aber die Frage, was soll gezeigt werden, stellte die Verantwortlichen vor schwierige

theatern existierte 1945 noch das unzerstörte große Erstaufführungstheater UT. Dort schauten sich damals die Kulturoffiziere noch vorhandene deutsche Spielfilme an, um sie für eine Vorführung freizugeben. Propaganda, Hakenkreuz und Hitlergruß hatten keine Chance, dafür gab es ein Comeback für Lustspiele mit Hans Moser, Heinz Rühmann und die Revuefilme mit Marika Röck und Jo-

kriegsfilm *Die Mörder sind unter uns*. Der Schriftsteller Friedrich Wolf übersetzte *Wir aus Kronstadt*. Als dieser synchronisierte Film in die Kinos kam, veröffentlichte die Leipziger SCHAUBURG folgende Warnung: „Allerdings sei – zumal den Frauen – gesagt, dass man gut daran tut, sich von vornherein auf eine gewisse seelische Belastung einzustellen, da das packende und erregende

Frage.“ Die Besucherzahlen stiegen.

Märchen, Legenden und Satiren im sowjetischen Film – dieses reich illustrierte und rasch vergriffene Buch (heute eine Sammlerrarität) wurde auf Veranlassung der SMAD für die jüngsten Kinogänger gedruckt. Binnen kürzester Zeit bezauberten *Das Wunderpferdchen*, *Der unsterbliche Kaschtschey* und *Das Zauberkorn* zehntausende Kinder.

Treuhänder übernehmen Kinos

Der Leipziger Polizeipräsident Wagner ließ im August 1945 folgende Zeilen in die Zeitung setzen: „Im Zuge der Reinigung der Kulturstätten von Mitgliedern der ehemaligen NSDAP ist die Beschlagnahme aller derjenigen Lichtspieltheater in Leipzig zugunsten der Stadt angeordnet worden, deren Inhaber Mitglieder der NSDAP waren. Diese Lichtspieltheater gehen in das Eigentum der Stadt Leipzig über. Zur Fortsetzung des Betriebes werden geeignete Persönlichkeiten als Angestellte der Stadt eingesetzt.“

So wurden beispielsweise mit sofortiger Wirkung Filmtheater wie das UT-Connewitz oder die FILMSCHAU-Probsteida durch Treuhänder verwaltet. Inventar und Technik blieben vorerst Eigentum der Besitzer. Die unzerstörten einstigen Ufa-Theater CAPITOL, WINTERGARTEN und SCHAUBURG gingen in den Bestand von SOJUSINTORGKINO über.

Aus Erfolgen wurden Raritäten

Es war 1923, als in Deutschland der erste russische Spielfilm seine Premiere erlebte: *Poli-kuschka* nach einer Erzählung von Leo Tolstoi. Etwas später wurde im Leipziger EMELKAPALAST am Rossplatz *Panzerkreuzer Potemkin* gezeigt. Unter dem Hakenkreuz erfolgte das generelle Verbot. Ab Juli 1945 sind diese und weitere Filme wieder zugänglich. Sicher: Nicht alle waren Meisterwerke, aber viele Streifen erweiterten in jenen Zeiten den kulturellen und geschichtlichen Horizont. Ab und an gibt es – nun Jahrzehnte später – ganz wenige Möglichkeiten, wenigstens einige dieser Filme im Spätprogramm des Fernsehens oder in Interessentenvorstellungen kommunaler Kinos zu entdecken. (siehe FF-DABEI auf Seite 10)

Eine kulturelle Sinn- und Spurensuche

„6 Uhr abends nach Kriegsende“

Von MICHAEL ZOCK

zur vereinbarten Zeit am vereinbarten Ort zu begegnen (Szenarist Viktor Gussew, dem die Idee zum Drehbuch während der Kämpfe um Stalingrad gekommen war, erlebte das Kriegsende nicht mehr).

Die Leipziger hätten in dieser Zeit arge Probleme gehabt, sich irgendwo abends zu verabreden. Strenge Ausgangskontrollen waren ein Grund ... aber auch die bisher beliebten Orte der Ablenkung, die vielen Filmtheater der Stadt, waren zerstört oder geschlossen. Außerdem fanden während der amerikanischen Besatzungszeit sowieso keine Veranstaltungen statt.

Der Zeigner-Erlass

Als dann die Sowjets am 2. Juli vertragsgemäß die Stadt übernehmen, erlässt der neue Oberbürgermeister Dr. Erich Zeigner unter anderem auch einen Plan zur baldigen Wiedereröffnung noch bespielbarer Leipziger Lichtspielhäuser.

In einer Lindenauer Druckerei entstand ein Handzettel auf dem verkündet wurde: *Ab 11. Juli sind sämtliche Lichtspieltheater Leipzigs wieder geöffnet.*

Von den großen Palästen im Zentrum waren etliche (ASTORIA – DRACHENFELS – GLORIA) zerstört, aber die noch vorhandenen dreißig großen und kleinen Kinos in den Stadtbezirken waren spielbereit. Möglicher Vorstellungsbeginn, auf Grund geplanter Stromsperrungen, am späten Nachmittag gegen vier Uhr und am frühen Abend gegen sechs Uhr.

Im Programm die deutsch synchronisierten Dokumentarfilme: *Wien ist frei – Truppenparade in Moskau 1945 – Fahnen des Sieges über Berlin*. Auch die erwähnte Musikkomödie *Um sechs Uhr abends nach Kriegsende* wurde gezeigt, allerdings noch in russischer Sprache. Manche Besucher zeigten sich da entsetzt und vermuteten: Vielleicht wird Russisch die neue Amtssprache.

Comeback für UFA-Stars

„... wenn du zeigen Filme mit Marika Röck ... dann du kommen hinter Gitter!“ Diese Drohung sprach ein Kulturoffizier gegenüber Max Tinne-



Ab 11. Juli
sind sämtliche Lichtspieltheater
Leipzigs wieder geöffnet

Die Eröffnung erfolgt durch Vorführung

**Sowjet-Russischer
Spiel- und Dokumentarfilme:**

Sie trafen sich in Moskau
Um 6 Uhr abends nach Kriegsende

1. Die Krim-Konferenz 1945
2. Fahnen des Sieges über Berlin
in deutscher Sprache
3. Truppenparade in Moskau 1945
in deutscher Sprache
4. Wien ist wieder frei
in deutscher Sprache
5. Moskau 1944
in deutscher Sprache

Probleme. Eine neue deutsche Filmproduktion existierte noch nicht. Aber die Leipziger möchten Filme sehen. Die „Tägliche Rundschau“ schrieb: „Schlangen stehen, lange Schlangen – aber diesmal nicht nach Brot und Kartoffeln. Nein, die Menschen wollen einen Platz im Kino haben, suchen Entspannung Erholung und Erheiterung.“ Und sie legten mitunter an der Kasse ein Brikett zum Heizen auf den Tisch für den Eintritt.

In den heutigen Passage-Film-

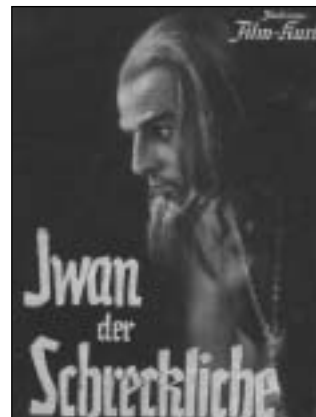
hannes Heesters. Auf den ersten Blick schien besonders die Filmkultur noch einmal rückwärts gewandt.

Iwan spricht deutsch

Die sowjetische Militäradministration erweiterte jedoch rasch die Synchronisationsmöglichkeiten. Wolfgang Staudte schuf die erste deutsche Version von Eisensteins Meisterwerk *Iwan der Schreckliche*, das im August 1945 im CAPITOL anlief.

Die DEFA begann mit den Dreharbeiten zum ersten Nach-

Geschehen die Zuschauer bis ins Tiefste aufzuwühlen vermag.“ Ab und an hemmten auch Vorurteile den Zuspruch zu neuen Gegenwartsproduktionen. Als beispielsweise im damaligen LICHTSCHAUSPIELHAUS (existiert noch heute als Hinterhofruine in der Eisenbahnstraße) eine Konstantin Simonow-Verfilmung nicht genügend Zuschauer hatte, erfand Max Tinneberg das Plakat: „Warum schweigt Mr. Smith? ... und setzte klein gedruckt daneben: Die Antwort gibt *Die russische*



● Sie sind seit kurzem Mitglied der Partei „Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ – die Wahlalternative. Ist das Ihr Einstieg in die Politik?

Mike Nagler: Politisch engagiere ich mich bereits seit Studienbeginn in der Studentenvertretung. Ich war mehrere Jahre hochschulpolitischer Referent des Studentenrates der HTWK, dessen Vertreter in der Konferenz sächsischer Studierendenschaften (KSS) sowie deren Sprecher im letzten Jahr. Jede meiner Tätigkeiten war allein gewerkschaftlich orientiert und richtete sich daran aus, die Studenteninteressen zu vertreten. Parteimitglied war ich noch nie.

● Mit welchen Motiven traten Sie der Wahlalternative bei?

Die Tendenz zur Privatisierung, die im Bereich Hochschul- und Bildungspolitik wie in allen anderen öffentlichen Bereichen vorherrscht, benötigt einen starken Gegenwind. Durch die Gründung dieser Bewegung sehe ich eine Chance für eine Alternative zu den traditionellen Parteien, nicht nur was Hochschul- und Bildungspolitik angeht. Weiterhin hoffe ich durch die neue Partei auf eine verstärkte Politisierung der Jugend. Wenn man sich die Realität anschaut, sitzen zu zwei Drittel Rentner im Bundestag. Man braucht sich keine Illusionen zu machen, bei einer solchen Konstellation wird es keine zukunftsweisenden Innovationen oder Reformen geben, da die Sichtweise dieser Generation auf viele Dinge eine ganz andere ist.

● In Leipzig und Sachsen gab es immer noch erhebliche Bedenken, mit der PDS in ein Boot zu steigen ...

Die Argumente reichen hier von der Angst, in der PDS aufzugehen bis hin zum einfachen Misstrauen in deren Glaubwürdigkeit. Immerhin ist es vorgekommen, dass die PDS in ihrer Realpolitik von ihren eigentlichen Idealen abgerückt ist. Ich bringe hier nur ein Beispiel aus dem letzten Jahr, als der Berliner PDS-Wissenschaftssenator ein Studienkontenmodell für die Bundeshauptstadt einführen wollte, das erst nach heftigen Protesten zurückgestellt worden ist.

Ich habe mich auf dem 1. Landesparteitag der WASG in meiner Kandidatur klar gegen ein Bündnis mit der PDS zum jetzigen Zeitpunkt ausgesprochen. Der Grund liegt nicht in inhaltlichen Differenzen zwischen beiden Parteien, da sich beide Programme weitestgehend decken. Mehr befürchte ich, dass durch ein Zusammengehen, ein Großteil des

Ich hoffe auf eine verstärkte Politisierung von Jugendlichen

Interview mit Mike Nagler, Mitglied des Landesvorstandes der WASG Sachsen



Mike Nagler, 26 Jahre, seit Ende 2000 zum Studium in Leipzig, hat sein Diplom in Architektur 2004 abgeschlossen und studiert nun im Aufbau daran weitere zwei Jahre im Masterstudengang Bauingenieurwesen an der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig (HTWK).

Potentials dieser neuen Bewegung verloren geht, da deren Existenz ganz einfach noch nicht im Bewusstsein der Bevölkerung angekommen bzw. noch nicht als reale Chance begriffen worden ist.

Ich denke, dass die WASG das Potential hat, einem breiten Teil derzeit orientierungslosen, frustrierten Nichtwählern eine Alternative zu bieten. Sicherlich bin ich für eine breite vereinigte Linke, die sich dann aber nicht nur auf PDS und WASG beschränken sollte. Aber der Zeitpunkt dafür ist momentan nicht der Beste.

● Wie verhält sich der sächsische WASG-Verband, wenn sich nun auch die Gesamt-Mitgliedschaft per Urabstimmung für das Antreten auf den Bundestagswahllisten der Linkspartei. (PDS) ausspricht?

Das Problem hierbei ist allein ein terminliches: Die PDS Landesliste wird bereits am 9./10. Juli beschlossen (nach diesem Gespräch, siehe Seite 6 – LN), das Ergebnis der bundesweiten Urabstimmung der WASG Mitglieder wird aber erst am 15. Juli feststehen. Sollte die Urabstimmung für eine Kandidatur auf offenen Listen der PDS ausgehen, hängt es davon ab, ob die PDS Sachsen für diesen Fall Plätze auf ihrer Liste freihalten kann und möchte. Wir haben unseren Parteitag auf den 16. Juli gelegt, also einen

Tag nach der Abstimmung. Vorher können wir keine Kandidatinnen und Kandidaten nominieren.

● Welche bildungspolitischen Vorstellungen vertreten Sie konkret?

Wir brauchen flächendeckend professionell betreute Ganztageseinrichtungen für Kinder. Wir brauchen Ganztageschulen mit ausreichend pädagogisch und fachlich qualifiziertem Personal. Wir brauchen kleinere Lerngruppen und insgesamt mehr Personal und mehr Geld für KITAS, Schulen und Hochschulen. Die Weiterbildung für Erwerbstätige muss ausgebaut und verbessert werden. Wir müssen möglichst langes gemeinsames Lernen und Fördern organisieren. Das Bildungswesen muss durchlässig und ohne Sackgassen sein.

Sei es in Schule, Aus- oder Weiterbildung, Kindertagesstätte oder Hochschule, wir treten für einen gebührenfreien Zugang zu Bildung ein. Wir begreifen Bildung als zentrale gesellschaftliche Aufgabe und lehnen jegliche Privatisierung dieses Bereiches ab. Der allgemein beschworene Glaube an die Marktwirtschaft als natürliche Wirtschaftsordnung lässt sich nicht einfach auf alle Bereiche einer Gesellschaft anwenden. Bildung ist keine Ware und ihr gesellschaftlicher Wert ist unschätzbar.

• Das Gespräch führte JULIANE NAGEL

Briefe an den Chefredakteur der LVZ sind zunehmend bitter nötig (siehe Seite 14). Leipzigs PDS-Vorsitzender Dr. VOLKER KÜLOW schrieb ihm:

Sehr geehrter Herr Hilder, am Ende eines langen Tages will ich mich doch noch ganz herzlich – ich weiß, Sie trifft keine Schuld – für den heutigen Leitartikel „Tiefer Frust“ (vom 5. . 05 – LN) und den Beitrag von Frau Zehrt bedanken. Beide

Dumpfbackiger Anti-kommunismus

Autoren können durch den vielen Schaum vorm Mund den Gegenstand ihrer Betrachtungen kaum noch erkennen, und so schreiben sie dann auch.

Besonders gelacht habe ich über die Passage von Herrn Böhmer über die politische Programmatik; ich gehe jede Wette ein, dass er von der PDS noch nie eine Zeile gelesen hat und von dem 27seitigen Parteiprogramm (Internetausgabe) der WASG weiß er garantiert nicht einmal, dass es dieses Papier gibt.

Ich kenne jetzt schon die Argumentationsmuster des LVZ-Leitartikels vom 19. September hinsichtlich des Linksbündnisses. Mit dem derzeitigen Niveau der Berichterstattung wird Ihre Zeitung noch viele Bausteine zu unserem Wahlerfolg liefern, der dann bestaunt und naturgemäß wieder heftig verunglimpft wird. PS: ... Im modernen Management gibt es m. W. eine Methode zur Steigerung der sozialen Kompetenz, Manager eine Woche in einem Sozialverein o.ä. Einrichtungen Dienst verrichten zu lassen. Einige Ihrer Redakteure sollten wenigstens mal einige Tage um 3.00 Uhr aufstehen und für das übliche Entgelt die von ihnen gefertigten Produkte in die Briefkästen stecken müssen.

SO SEHE ICH DAS

Die hochtönende, aber inhaltlich letztlich schwachbrüstige und bescheidene Kapitalismuskritik, die noch vor wenigen Wochen vom Parteivorsitzenden Franz Müntefering und einigen weiteren SPD-Politikern zu vernehmen war, scheint vorübergegangen zu sein. Wie ein Hustenanfall oder eine katholische Beichte. Schon ein leichtes Stirnrunzeln der Unternehmervertreter brachte die unkontrollierte Aktion – Reflexbewegung nach einer Kette von Wahlniederlagen der Partei – zum Schweigen.

Das Wahlmanifest der SPD vom 4. Juli bestätigt den episodischen Charakter dieses Ausbruchs, der zweifellos von vielen gar nicht wahrgenommen wurde. Es beschränkt sich auf eine beschönigende,



genauer: verfälschende Bilanz, auf bescheidene, aber wohlklingende Ziele und auf unbegründete optimistische Erwartungen. Man vermisst auch den geringsten Ansatz kritischer Analyse.

In dem 64 Seiten umfassenden Dokument steht ein einziges Mal das Wort *Kapitalismus* (oder auch *kapitalistisch*):

„Wir akzeptieren nicht, dass Geld die Welt regiert. Auch nicht im Zeitalter des globalen Kapitalismus.“

Was das Wahlmanifest zu den heute dringendsten Problem der kapitalistischen Gesellschaft in Deutschland zu sagen hat, vor allem zur Lage auf dem Arbeitsmarkt und im sozialen Bereich, zeugt nicht nur von Selbstüberhebung, von der Rücknahme früherer Ziele und von Hilflosigkeit, sondern bekräftigt den Willen, die Positionen des Kapitals nicht anzutasten, sondern zu stärken. Die Agenda 2010 bleibt ungeachtet einiger Retuschen Programm und wird kapital-

freundlich konkretisiert: *„Die Körperschaftssteuer für Kapitalgesellschaften wird von 25 % auf 19 % reduziert.“* Dort, wo Vorsätze und Ziele zu Arbeit und Sozialem gegeben werden, sind die Formulierungen äußerst windig, sie verpflichten zu nichts und bieten nichts Greifbares. „Wir wollen“ ist die gängige

SPD – der Anfall ist vorüber

Wendung. *„Wir wollen mehr Arbeit schaffen und weniger Arbeitslose haben in Deutschland.“* „Wir wollen, dass ... kein Jugendlicher sein Arbeitsleben mit Arbeitslosigkeit beginnen muss.“ „Wir wollen sie (Ich-AG und Minijobs) „als Einstieg in die existenzsichernde Beschäftigung ... gestalten.“

Die Beschreibung der Lage ist schlecht hin verlogen, wenn es heißt: *„Unsere Arbeitsmarktpolitik beginnt zu wirken. Neue Wege aus der Arbeitslosigkeit sind durch ‚Ich-AGs‘ und ‚Minijobs‘ eröffnet worden.“* In der Tat gibt es heute in Deutschland rund 471 000 Arbeitslose

mehr als vor einem Jahr.

Diese geballte Ladung an Demagogie ist nicht weniger schlimm als die leeren Versprechungen der Union, unter deren Ägide ja die Massenarbeitslosigkeit über viele Jahre angewachsen ist und sich verfestigt hat.

Das Wahlmanifest der SPD ist geradezu ein Hohelied auf den Kapitalismus, der hier – für die Ohren der Kapitalisten wieder verträglich und die Arbeitenden irreführend – soziale Marktwirtschaft genannt wird: Er sei auch Deutschlands Zukunft. Und mehr noch: *„Die soziale Marktwirtschaft, die unserem Land wirtschaftliche Stärke und soziale Stabilität gebracht hat, ist ein Modell für ein globales Wirtschaften.“* Nicht schlecht die kapitalistische Marktwirtschaft, sondern speziell ihre deutsche Variante, gezeichnet von Wachstumsschwäche und sozialen Restriktionen soll Vorbild für die Welt sein? Hier wird es offensichtlich: An der Stelle vorgegeblicher Kapitalismuskritik finden wir nur noch Kapitalismusbeweihräucherung und Selbstherrlichkeit.

• GÜNTER LIPPOLD

Die Willkür der Fantastic Group kennt keine Grenzen, doch die IHK Leipzig stoppt sie nicht

450 Überstunden im 3. Lehrjahr – „harte, aber ehrliche Ausbildung“?

Manfred Landmann bekommt Besuch im Büro Erich-Zeigner-Allee. Ein offenbar voll im Leben stehender Vater, Uwe Stammwitz aus Altenburg, und seine sofort sympathisch wirkende, aufgeweckte Tochter legen noch einmal dar, was der Sekretär der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten, Region Leipzig, schon aus

Von GOTTFRIED BRAUN

eigenen Recherchen weiß – und aus dem Briefwechsel des Vaters mit Lutz Albrecht, Geschäftsführer der *Fantastic Gesellschaft für Restaurants & Catering mbH* und der *Airport Restaurants und Catering GmbH & Co. KG*.

Kristin Stammwitz ist Lehrling im 1. Lehrjahr bei Albrecht. Sie hat einen Ausbildungsvertrag für das Flughafenrestaurant „Iljuschin 18“, das zur zweitgenannten GmbH gehört. Der Chef hat sie ohne Vertragsänderung bei der *Fantastic-Gesellschaft* in „Barthels Hof“ eingesetzt. Dort verbringt sie mehr als die Hälfte der Zeit mit Reinigen und Putzen, falls sie nicht am Citygrill arbeitet. Und das sieht dann für zwei Mädchen so aus: Ab 9 Uhr Auffüllen des Grillwagens mit frischer Ware; Schieben des Wagens vom Restaurant „Schnitzelfabrik“ in der Kneipenmeile Drallewatsch bis in die Nähe der Reformierten Kirche am Ring. Von 10.15 bis 18 Uhr Verkaufsdienst ohne Ausbilder, nur unterbrochen von einer einzigen

(!) kurzen Toilettenpause. Danach Rücktransport des schweren Grillwagens und Reinigung. Mit dem Abrechnen kann der Arbeitstag bis 20 Uhr dauern, unter Umständen noch länger. Erreicht sie den Zug nicht mehr, fährt sie mit dem Rad bis Borna – auf so etwas kann der Chef keine Rücksicht nehmen. Den für den Citygrill nötigen Reisegewerbeschein müssen die Lehrlinge übrigens selbst bezahlen.

In elf Monaten hat Kristin rund 280 Überstunden geleistet, für die keine Freizeit und kein Entgelt gewährt wurde. Anders gesagt: Sie hat einen Monat umsonst gearbeitet. Der Gewerkschaftssekretär holt den Taschenrechner und ermittelt einen Stundenlohn von 36 Cents.

Weil Kristin und ihre Eltern – als Mitunterzeichner – auf Einhaltung des Ausbildungsvertrags bestehen, wurde dem Lehrling mit unglaublich fadenscheiniger Begründung gekündigt. Jetzt gehen sie mit Manfred Landmann zur Industrie- und Handelskammer Leipzig.

Lutz Albrecht ist ein smarterer junger Mann, der mit Mundwinkeln und Outfit gern den Energischen gibt. Zu den zwei Gesellschaften seiner *Fantastic Group* gehören bekannte Lokale wie „Barthels Hof“, „Gohliser Schlösschen“ und bis zu diesem Freitag auch das „Mückenschlösschen“, ferner die erwähnte „Schnitzelfabrik“, die „Soup-Factory“ und drei Flughafenrestaurants. Der *Fantastic*-Chef, der bis vor kurzem 30 Lehrlinge unter Vertrag hatte, überrascht durch eine fantastische Auffassung von *Leipziger Frei-*

heit. Geschäftliche Probleme in einer Zeit immer eingeschränkterer Massenkauflkraft lädt er in geradezu menschenverachtender Weise auf die Schultern der Auszubildenden ab. Die Bestimmungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes, des Berufsausbildungsgesetzes und des Arbeitszeitgesetzes – allesamt wichtige Ergebnisse politischer und gewerkschaftlicher Kämpfe früherer Generationen – hält er „für nicht mit der Realität vereinbar“. Seine Auszubildenden müssen bis zu 80 Stunden in der Woche arbeiten – nur 40 sind erlaubt. Selbst ein Mädchen unter 18 wurde in einer Woche 67 Stunden eingesetzt. Die Zahl der Überstunden übersteigt das in Gaststätten übliche Maß bei weitem. Ein Auszubildender im 3. Lehrjahr kam inzwischen auf rund 450 Stunden!

Nicht nur solche Arbeitszeiten sind illegal, sondern auch die *Fantastic*-Vergütungen. Gesetzlich vorgeschrieben sind mindestens 300 Euro im ersten und 368 Euro im zweiten Ausbildungsjahr. Tatsächlich erhalten die Lehrlinge 250 Euro im ersten und 275 Euro im zweiten Jahr! Albrecht argumentiert brieflich, dass dies Nettozahlungen seien. Doch die Sozialbeiträge von Auszubildenden werden vom Arbeitgeber geleistet, er muss also sowieso netto gleich brutto zahlen!

Selbst vor einer Art Amtsanmaßung schreckt Albrecht nicht zurück. Lehrlinge, denen Fehler unterlaufen – was ja in der Lehrzeit naturgemäß passieren kann –, bekommen „Bußgeldbescheide“ (!) oder „Ordnungsstrafen“ mit Abzügen bis zu

35 Euro. „Wenn junge Menschen, die ins Berufsleben treten, mit so etwas konfrontiert werden, verstehen sie die Welt nicht mehr“, sagt NGG-Sekretär Landmann. Für Albrecht aber gehört all das zu einer „harten, aber ehrlichen Ausbildung“. Offenbar auch dies: Die Ausbildungsverträge sehen vor, dass der Arbeitgeber die von ihm geforderte Dienstkleidung zur Verfügung stellt. Bei *Fantastic* müssen die Lehrlinge sie vom Betrieb kaufen.

Spätestens seit *Das Schwarzbuch. Ausbildungsbedingungen im Hotel- und Gaststättengewerbe des Regierungsbezirkes Leipzig* erschien, also seit 2000, weiß die IHK Leipzig von den Gesetzeswidrigkeiten und ausbeuterischen Praktiken der *Fantastic-Group*. Sie unterschrieb zwar die Ausbildungsverträge unter Vorbehalt, informierte aber Lehrlinge und Eltern nicht über die Rechtslage. NGG-Sekretär Landmann sprach die Zustände am 28. Februar dieses Jahres im Berufsbildungsausschuss erneut an und schrieb der IHK mehrfach. Die sprach mit Albrecht – es änderte sich nichts, doch die Kammer griff nicht ein. Im Gegenteil: Sie nimmt den Freibeuter Albrecht in Schutz. Die „Vorwürfe“ seien einseitig; Albrechts Lehrlinge seien in Theorie und Praxis stets an der Spitze, sagt IHK-Sprecher Harald Lehmann. Daran ist nicht zu zweifeln, doch zu fragen ist, ob die Kammer „harte und ehrliche Ausbildung“ mit illegaler Ausbeutung gleichsetzt.

Da bleibt wohl nur noch der Gang zum Regierungspräsidium.

Das erste Mal an diesem Abend verschlägt es mir die Sprache, als Professor Hans Lauter eine Häftlingsuniform an die Garderobe hängt. Wenn man zum Beispiel den Film „Nackt unter Wölfen“ sieht, sind es Schauspieler, die sowas tragen. Im Museum sind es Exponate. Aber eine echte Kluft und einen echten Moorsoldaten zu sehen ist mehr als beeindruckend.

Als Jugendlicher war Hans Lauter im antifaschistischen Widerstandskampf und in der Sportbewegung aktiv. Er erzählt uns von den Schwierigkeiten beim Flugblätterbesorgen. Da diese im Böhmisches gedruckt wurden, mussten sie natürlich über die Grenze geschmuggelt werden. Selbst auf die Bremsen am Fahrrad musste man achten, weil damals in Böhmen noch Linksverkehr herrschte.

Er wurde gefasst und verurteilt. Vier Jahre Einzelhaft auf wenigen Quadratmetern. Da muss man Gedichte aufsagen, um das Sprechen nicht zu verlernen. Später kam er dann zu den Moorsoldaten. Mit ausgeschlagenen Zähnen und Nierenbluten überlebte er trotz alledem. Und trotz alledem bewahrte er sich seinen Optimismus. Er erzählt uns folgende Anekdote: In einem Nazi-Knast in Sachsen lernte er einen Geldfälscher kennen, der dann in der DDR auf Grund seiner kriminellen und fachlichen Kenntnisse Berater der Kriminalpolizei wurde.

Einmal hat Hans Lauter den Hund eines Bewachers in die Flucht getrieben und wurde dafür natürlich wieder gequält. Die Hunde wurden im Lager an lebenden Inhaftierten trainiert – der Häftling musste sich dabei ruhig auf den Boden legen, sonst biss der Hund zu. Noch ein „Spiel“: Häftlinge mussten im Winter ihre Mütze in eiskaltes Wasser tauchen und aufsetzen. Das Gleiche mit den Handschuhen ...

Oder: Ein Wachmann setzte sich in eine Eisenbahnlore und ein Gefangener musste ihn spazieren schieben. Während der Schinderei schlug der Wachmann mit einem Knüppel auf Kopf und Nacken des Opfers – den Menschen, Kommunisten wie Hans

Lauter zu entwürdigen, darauf kam es den Nazis an.

Schließlich die Flucht, die ihn geradewegs vor einen russischen Panzer führte. Erst gab es ein Problem mit der Identität, dann mit Machorka. Aber mit *sto gramm* konnte das Problem beseitigt werden.

Sto gramm konnte man auch im Klub Gshelka bekommen. Denn die Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung fand im – 1994 gegründeten – Deutsch-

Russischen-Zentrum statt. Einerseits pflegt man dort Kontakte nach Russland, andererseits unterstützt der Verein Menschen, die aus Russland kommen und jetzt in Deutschland leben. Darunter besonders viele Juden.

So gehören zum Klub-Programm Themenabende und auch Kulturveranstaltungen mit Musik, Humor oder Ausstellungen. Der Eintritt ist meist frei. Der Gastraum wird auch für private Feiern mit Versorgung genutzt. Leider liegt der Club nicht in Zentrumsnähe, sondern in Grünau, An der Kotsche, genau in der mitte des WK 8. Aber er ist mit den Straßenbahnlinien 8 und 15 sowie 1 und 2 zu erreichen. Die gesamte Atmosphäre an diesem Abend war toll und spannend. Ein Neunzigjähriger erzählt Geschichten – nur eben keine angenehmen. Schade um jeden Sitz, der freigeblieben war. Umso deutlicher der Wunsch einiger Besucher, solche Veranstaltungen wieder in die Schullehrpläne aufzunehmen. Wie gesagt: Das Glück zu haben, einen Menschen zu erleben, der Geschichte erlebt, der sie selbst mitgeschrieben hat, der Fragen beantworten kann – das kann der beste Film nicht ersetzen.

• ANDREAS HERMANN
ah-variabel.de

Geschichtsunterricht im Gshelka

Moorsoldat Prof. Dr. Hans Lauter zu Gast im Deutsch-Russischen Zentrum





Erpressung als Politikstil

Dafür, dass ein kandidierender Schauspieler in der Phase des Wahlkampfes nicht in Spielfilmen auf dem Bildschirm erscheinen darf – feste Regel der ARD laut eigener Erklärung –, kann man vielleicht noch Verständnis haben. Aber das jetzige Vorgehen gegen Peter Sodann, der natürlich nicht gern seinen Schauspielerberuf an den Nagel hängen möchte, geht ja weit darüber hinaus.

Dabei wird seine plötzliche Mitteilung, nun doch nicht über die Liste der Linken / PDS Sachsen in den Bundestag ziehen zu wollen, als seine ureigenste Entscheidung dargestellt. Aber man muss doch Peter Sodann für mental so stabil halten, dass er nicht ohne fremde Einflussnahme einen solch gewichtigen Entschluss von einem Tag auf den anderen umstößt.

Diese Berufsverbotspraxis, etwas anderes ist es faktisch nicht, war in der BRD schon einmal ein Mittel zur administrativen Ausgrenzung der Linken, Ausdruck der Furcht vor offenem Schlagabtausch. Das offenkundig erpresserische Vorgehen des MDR gegen Sodann wie auch andere unseriöse Rempelen gegen die Linken schon in einer sehr frühen Phase des Wahlkampfes lassen Steigerungen in den nächsten Wochen erwarten. • G. L.

Vor der Bundestagswahl:

Die Linken Sachsens wählten Kandidaten

LN. Am Wochenende bestimmte eine Vertreterkonferenz der Linken Sachsens in Dresden die Landesliste ihrer Kandidaten, die neben den Direktkandidaten der Wahlkreise zur vorgezogenen Bundestagswahl im September antreten werden. Gewählt wurden (s. Liste) 21 Mitglieder der PDS, 5 der Wahlalternativen Arbeit und Soziale Gerechtigkeit, 2 der DKP und 1 Parteilose. Spitzkandidatin ist Katja Kipping, stellvertretende Vorsitzende der Bundes-PDS. Zuvor hatte ein Sonderparteitag mit 151 Stimmen bei einer Gegenstimme die Umbenennung in *Die Linken. PDS Landesverband Sachsen* beschlossen.

Katja Kipping und die Landesvorsitzende Cornelia Ernst erklärten dazu: „Wir haben uns auf den Weg gemacht, um unsere Identität zu erweitern. Wir haben den Weg freigemacht für ein starkes Linksbündnis und eine künftige gesamtdeutsche Linkspartei. Wir wollen den Aufbruch – und zwar jetzt! *Die Linkspartei. PDS* steht für die Bündelung unterschiedlichster linker Kräfte aus den verschiedensten Spektren in Ost und West und ist eine Kampfansage und eine Aufforderung, über das Linksbündnis hinaus in einem Zeitraum von etwa zwei Jahren eine gemeinsame und gesamtdeutsche Linkspartei zu etablieren.“

Die Landesliste

1. Katja Kipping
2. Axel Troost
3. Sabine Zimmermann
4. Jörn Wunderlich
5. Barbara Höll
6. Ilja Seifert
7. Monika Knoche
8. Michael Leutert
9. Silke Teubner
10. Leo Mayer
11. Sylke Zehrfeld
12. Heleg Meves
13. Clara-Anne Büniger
14. Wolfram Vorwerk
15. Annemarie Bonesky
16. Marco Götz
17. Petra Fischer
18. Jens-Eberhard Jahn
19. Rosemarie Jahn
20. Wolfgang Kotissek
21. Iris Kala
22. Hans-Jürgen Muskulus
23. Wenke Röhner
24. Michael Seht
25. Waltraud Klarner
26. Sigurd Goldenbogen
27. Anja Bader
28. Karsten Bretschneider
29. Martina Dietze
30. Wolfgang Hinz

Leipziger und sächsischer Arbeitsmarkt im Juni

Sommerbelebung, aber keine Wende

Im Juni gab es sowohl in Sachsen als auch im Bereich der Leipziger Arbeitsagentur einen rein jahreszeitlich bedingten Rückgang der Arbeitslosigkeit von gut 15 000 bzw. rund 2000 Personen. Das ist sogar etwas mehr als in den Vorjahren. Vor allem aber war ein deutlich höherer Stand als vor Jahresfrist festzustellen. In Sachsen wurden Ende Juni 392 234 Erwerbslose registriert (Vorjahr: 385 482), im Leipziger Agenturbezirk 80 251 (72 977). Er liegt im Vergleich der zehn sächsischen Agenturen weiterhin an letzter Stelle mit einer Quote von 20,7 Prozent. Eine Trendwende ist nicht in Sicht.

Die Anzahl der Langzeitarbeitslosen (über ein Jahr ohne Beschäftigung) in Leipzig bewegt sich seit einem Jahr nahezu unverändert bei rund 34 000 Personen. Der Rückgang seit dem Vormonat betrug nur rund 500 Personen.

Die Zahl der 1-Euro-Jobs ist im Anwachsen (in Sachsen mittlerweile 21 200), hingegen sind die herkömmlichen Fördermaßnahmen weiter rückläufig. In Sachsen gibt es nur noch 11 900 Arbeitslose in ABM, im Leipziger Agenturbezirk nur noch 2037. Noch stärker eingeschränkt ist die berufliche Weiterbildung. Hier wird nur noch ganz gezielt gefördert.

Das Defizit zwischen den Bewerbungen um einen betrieblichen Ausbildungsplatz und den angebotenen Stellen (12 Prozent weniger als im Vorjahr) hat sich gegenüber Juni kaum verändert. Den noch unbesetzten 718 Ausbildungsstellen stehen 5372 noch nicht vermittelte Bewerber gegenüber. • G. L.

Kein Kulturticket

LN. Die Koalitionsmehrheit im Landtagsausschuss für Kultur lehnte einen Antrag der PDS-Fraktion zur Einführung eines sächsischen Kulturtickets ab, das ALG II-Empfängern und anderen Einkommensschwachen bei landeseigenen Kultureinrichtungen, wie Semperoper, Staatsschauspiel und Landesbühne Sachsen, den Erwerb eines 3-Euro-Tickets an der Abendkasse ermöglichen sollte.

Porsch behält Recht

LN. Das Oberlandesgericht Hamburg hat die Berufung des Verlags der „Sächsischen Zeitung“ gegen ein Urteil des Landgerichts zu Stasi-Vorwürfen gegen den Prof. Porsch zurückgewiesen. Mit dem nun bestätigten Urteil ist eine Einstweilige Verfügung des Landgerichts Hamburg in den wesentlichen Punkten für rechtens erkannt worden, wonach die Vorwürfe gegen Porsch untersagt werden.

Schulschließungen bleiben Thema

LN. Eine Massenpetition, die einen Aufschub der von Kultusminister Flath verfügten Schulschließungen in Sachsen verlangt, war vorige Woche Thema der Beratung des Landtags-Petitionsausschusses. Allein in diesem Jahr kam für 82 Schulen das Aus. In Abwesenheit der Vertreter der kommunalen Verbände schob der Minister den Kommunen die Schuld zu, obwohl er die letzten Entscheidungen immer selbst traf.

Ein „feiner“ Gutachter

LN. Für eine Anhörung im Verfassungs- und Rechtsausschuss des Landtags über den Polizeieinsatz beim Neonazi-Aufzug am 1. Mai in Leipzig hat die NPD-Fraktion als Sachverständigen den wegen Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole, Volksverhetzung und Körperverletzung verurteilten Hamburger Anwalt Rieger benannt.

Wie die Petition belegen auch 155 Klagen gegen die Schließung von 66 Schulen das starke öffentliche Interesse und das große Bedürfnis, die Bildungseinrichtungen zu erhalten.

Die PDS veranstaltet am 11. Juli eine Öffentliche Anhörung zum Umgang mit den Petitionen. Dazu sind die kommunalen Spitzenverbände, Schulträger, betroffene Schulen sowie Eltern- und Schülervertretung eingeladen.

Die PDS-Politiker Cornelia Ernst und Klaus Bartl erklärten, der Auftritt eines solchen „Gutachters“ in einem deutschen Parlament sei mit dem antifaschistischen Konsens im Grundgesetz unvereinbar: „Die von Rieger vertretenen Positionen stehen außerhalb des demokratischen Diskurses.“ Sie verlangten – ohne Erfolg –, ihn auszuschließen.

28. Juni

Dresden. Das Kultusministerium spricht zwei Schulleitern, die Demonstrationen gegen Schulschließungen organisiert hatten, Änderungskündigungen (Versetzungen) aus.

Chemnitz / Dresden / Leipzig. Bei den Verwaltungsgerichten wurden Klagen von 63 sächsischen Kommunen gegen Schulschließungen eingereicht.

1. Juli

Dresden. Herbert Süß tritt sein Amt als Chef der Landesbank Sachsen an Er ist Nachfolger des der Vetterwirtschaft und der Dokumentenfälschung verdächtigten zurückgetretenen Michael Weiss.

2. Juli

Dresden. Ein Landesparteitag der sächsischen Grünen bekräftigt die selbständige Rolle der Partei im Wahlkampf, unabhängig von möglichen Koalitionen, und wählt die Leipzigerin Monika Lazar als Spitzkandidatin für den Bundestag.

4. Juli

Dresden. Aus Regierungskreisen werden Pläne für eine neue, weitgehende Gemeindereform bekannt. Danach sollen 30

SACHSEN-CHRONIK

28. Juni bis 11. Juli

Prozent aller Gemeinden ihre Selbständigkeit verlieren. Das Innenministerium dementiert.

Dresden. Sachsen kürzt die Mittel für sein erst im April beschlossenes Programm zur Bekämpfung des Rechtsextremismus um 100 000 Euro. Betroffen ist der Bereich Öffentlichkeitsarbeit.

Dresden. Wegen fehlender Steuereinnahmen werden die finanziellen Mittel für die Jugendhilfe in Sachsen für das laufende Jahr um 1,2 Millionen Euro gekürzt.

5. Juli

Dresden. Die Landesregierung beschließt die umstrittene Kapitalerhöhung für die SachsenLB in Höhe von 300 Millionen Euro.

Dresden. Entgegen dem Parteitagbeschluss der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit Sachsen will die Par-

tei nun doch ein Wahlbündnis mit der PDS eingehen und Kandidaten auf deren Listen platzieren.

6. Juli

Dresden. Experten kritisieren bei einer öffentlichen Anhörung im Sozialausschuss des Landtags den Entwurf der Regierungskoalition für ein Kindertagesstätten-Gesetz in grundlegenden Passagen. Sie verlangen die Festschreibung eines Rechtsanspruchs auf ganztägige Betreuung.

Chemnitz. Der Freistaat legt einen Wachstumsfonds für den Mittelstand in Höhe von 35 Millionen Euro auf. Es handelt sich um Mittel, die von den Sparkassen Leipzig, Dresden und Chemnitz, der Landesbank und dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung bereitgestellt wurden.

7. Juli

Leipzig. Im Fußball-Korruptionsskandal sind nun auch Spieler aus sächsischen Mannschaften betroffen. Der DFB-Kontrollausschuss beantragt beim Sportgericht Vorseperren gegen den Kapitän von Sachsen-Leipzig sowie Spieler aus Meuselwitz, Dresden und Chemnitz.

Leipzig / Wermisdorf. Das Landratsamt Torgau-Oschatz leitet gegen den Bürgermeister von Wermisdorf, Bernd-Dieter Lehmann, ein Verfahren ein. Die Staatsanwaltschaft hat bereits Anklage wegen Untreue- und Betrugsverdachts erhoben.

9./10. Juli

Dresden. Ein Sonderparteitag der sächsischen PDS beschließt die Umbenennung in *Die Linkspartei. PDS Landesverband der Sachsen*. Eine Vertreterkonferenz wählt die 30-köpfige Landesliste der Partei zur Bundestagswahl.

10. Juli

Dresden. Im Landtags-Untersuchungsausschuss zur Landesbank Sachsen wirft der Zeuge Ludwig Hausbacher Finanzminister Metz und Ministerpräsident Milbradt schwere Versäumnisse vor.

Bereits 1997 war beantragt worden, an dem Wohnhaus in der Wilhelm-Wild-Straße 8, in dem der bedeutende Philosoph Ernst Bloch (1885–1977) von 1949–1961 gewohnt und gearbeitet hatte, eine Tafel anzubringen, die daran erinnert. Zudem sollte diese Straße seinen Namen erhalten. Dieser Antrag wurde anlässlich des Kolloquiums der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen zum Thema „Ernst Blochs Leipziger Jahre“ gestellt.

Der Antrag erreichte aber nicht sein Ziel. Umso mehr ist zu begrüßen, dass jetzt

Von **WERNER BERTHOLD**

dank einer analogen Initiative des städtischen Kulturdezernats eine solche Tafel präsentiert werden konnte – anlässlich der „Ernst-Bloch-Ehrung der Stadt Leipzig 2002“.

Die Tafel trägt die Inschrift:

Denken heißt Überschreiten

In diesem Haus lebte und arbeitete der Philosoph des „Prinzip Hoffnung“ in den Jahren 1949 bis 1961“

*Ernst Bloch
1885–1977*

Nach längeren Bauarbeiten und manchen Hindernissen wurde die Tafel zum 120. Geburtstag Blochs am 8. Juli 2005 feierlich enthüllt. Der Regen hatte Freunde der Blochschen Philosophie nicht davon abhalten können, den dazu ergangenen Einladungen zu folgen.

Das Wort ergriffen Dr. Georg Girardet, Leiter des Kulturdezernats, und Dr. Jan-Robert Bloch, Sohn des großen Philosophen, der auch die Tafel enthüllte. Girardet ging von der Bloch-Ehrung 2002 aus. Er berichtete, dass die Universität – d. h. wohl vor allem Philosophen, die gegen-

Gedenktafel für den Philosophen Ernst Bloch



Dr. Georg Girardet, Leiter des Leipziger Kulturdezernats, und Dr. Jan-Robert Bloch (Sohn Ernst Blochs – rechts) beim Enthüllen der Gedenktafel am einstigen Wohnhaus Blochs, Wilhelm-Wild-Str. 8.

Foto: Wienhold

wärtig den Ton angeben – den städtischen Vorschlag abgelehnt habe, den Neubau für Geisteswissenschaften nach Bloch zu benennen. Weiter schilderte er wie auch J.-R. Bloch – dieser primär aus alltags- wie familiengeschichtlicher Sicht – markante Höhe- und Tiefpunkte in Blochs Kampf gegen Imperialismus, Militarismus, Faschismus, für Sozialismus und gegen dessen Entartung.

Das Wesen seiner Philosophie und deren aktuelle Bedeutung im gegenwärtigen Weltzustand konnten eingehender auf einer Podiumsdiskussion der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen erörtert werden, die am 5. Juni anlässlich des 80. Geburtstages von Gerhard Zwerenz, des bedeutenden Schülers und Freundes

Blochs, stattgefunden hat.

Dessen Zusage für einen Vortrag am 8. Juli war aus gesundheitlichen Gründen leider nicht zu verwirklichen. Seine Gedanken waren aber gegenwärtig. In dem mit seiner Frau Ingrid verfassten Buch „Sklavensprache und Revolte. Der Bloch-Kreis und seine Feinde in Ost und West“ (2004), dem ein zweiter Band folgen soll, sind sie enthalten. Auch in seinen Artikeln „Philosoph in Wartestellung“ und „Plötzlich ist Pluralismus (?)“, die am 2. und 9. Juli im „Neuen Deutschland“ erschienen sind, kann sich gewiss der Tenor finden, der seine Rede am 8. Juli bestimmt hätte.

Die Kritik an der gegenwärtigen Alma mater Lipsiensis verbindet er mit der

Empfehlung, den Namen Blochs anzunehmen. Und der sächsischen Landesregierung rät er, „in Leipzig einen Lehrstuhl für Blochsche Philosophie ... mit dem Ziel“ zu gründen, „einen Dritten Weg zwischen US-Übermacht und fundamentalen Islamisten zu finden“. Als unabgeholten im Blochschen Sinne bestimmt er den Antifaschismus Blochs und seiner Freunde Werner Krauss, Walter Markov und Hans Mayer. Diese hatten aus der Sicht der neunziger Jahre ihre kritische wie positive Meinung über die DDR – auch unter dem Aspekt des „Unabgeholtenen“ – und die alte wie neue BRD formuliert. Es ist schwer vorstellbar, dass ihnen Bloch, der schon 1977 gestorben ist, widersprochen hätte. Übrigens decken und berühren sich Vorstellungen von 1997 und von Zwerenz mit Gedanken und Vorschlägen, die in der städtischen Ernst-Bloch-Ehrung 2002 unterbreitet wurden. Auch hier ging es um eine Ernst-Bloch-Straße sowie um eine „jährliche Ernst-Bloch-Vorlesung“, die aber – gleich der Benennung des Neubaus – der Ablehnung verfiel. Diese dürfte aber nicht unter dem Blickpunkt der Ewigkeit zu betrachten sein.

Nach Blochscher Terminologie sind diese Vorschläge vielmehr das bereits „Gedachte“, aber „das Noch-Nicht-Gewordene“, das es zu „gestalten“ gilt. In diesem Sinne scheint der Antrag, der Stadt eine Ernst-Bloch-Straße nicht länger vorzuenthalten, bereits in Arbeit zu sein.

Hierbei handelt es sich aber um eine rein städtische und keineswegs um eine universitäre Zuständigkeit. Übrigens wäre hierin in der Tat der Alt-BRD nachzueifern; denn in Tübingen, an dessen Universität Bloch seine Lehrtätigkeit mit großem Erfolg „fortsetzte“, nachdem sie ihm in Leipzig verwehrt worden war, trägt die Straße, in der er wohnte, längst seinen Namen.

Seit Jahren residiert Peter Tamm mit seinem Marinemuseum in einer 3000 Quadratmeter Villa an Hamburgs nobler Elbchaussee. Die privat angesammelten Dinge an diesem Ort sind gewaltig an der Zahl:

27 000 Schiffsmodelle,
50 000 Konstruktionspläne,
500 000 Schiffsbriefmarken,
1,5 Millionen Fotos,
dazu Kompass wie andere Navigationsinstrumente, Flaggen, Orden, Ehrenzei-

Von **KARL-H. WALLOCH**

chen, Autografen, Urkunden, Schiffs-tagebücher, Speisekarten sowie 5000 Gemälde der bedeutendsten Marinemaler. Nur unter diesen Exponaten befinden sich auch zahlreiche Nazidevotionalien, so z. B. das Messingschild, das an den „Heldentod“ des Kapitäns des Schlachtschiffes „Bismarck“ erinnert. Es fehlt der Tammschen maritimen Show bis heute ihre Aufarbeitung wie Präsentation aus demokratischer Sicht der Marinegeschichte.

In zwei Jahren wird Peter Tamm mit seinen „Seeschätzen“ von der Elbchaussee in die sogenannte HafenCity umziehen. Insider sagen, der „Admiral“ – so nannte sich der Sammler damals als Vorstandsvorsitzender des Axel Cäsar Springer Verlages – bekommt ein neues Domizil. Als gigantische Werbeveranstaltung gestaltete sich Mitte Juni 2005 die soge-

Peter Tamms Marinemuseum

Kein Ort für den Frieden

Nun bekommt er für seine Sammlung ein neues Haus

nannte „Grundsteinlegung“ für das neue Museum in Hamburgs Speicherstadt. Nach einem zweijährigen Umbau soll ab Frühjahr 2007 im Kaispeicher B Tamms stark militärisch geprägte Schiffs- und Waffensammlung am neuen Standort präsentiert werden. Hamburgs 1. Bürgermeister Ole von Beust (CDU) dankte dem heute 77-jährigen Sammler maritim wie nautischer Sachen für die „Überlassung eines Lebenswerks“.

Es war die Ex-Kultursenatorin des CDU/Schill/FDP-Senats und ehemalige BILD-Kulturredakteurin Dana Horáková, die dem einstigen Springermann 30 Millionen Euro mit Senatsbeschluss für das neue „Internationale Maritime Museum“ im Hamburger Freihafen zusagte. Trotz Hamburgs großzügiger Zuwendung – dafür gehen die anderen staatlichen Museen der Stadt auf Jahre leer aus – sucht Museumschef Tamm bundesweit nach zahlungswilligen Sponsoren, die die jährlichen Betriebskosten bezahlen. Fast zynisch waren Tamms bewegte Dankesworte nicht nur an die Anwesenden. Auch den SPD/GAL-Vorgängersena-

schloss er ein, als wenn dieser Senat sein Projekt befördert hätte. Seine Dankesworte klangen so, als sei der CDU im Grunde das Museumsprojekt quasi schicksalhaft in die Hände gefallen.

Auch der Präsident des Bonner Hauses der Geschichte, Hermann Schäfer, suggerierte in seiner Laudatio für den Sammler und sein neues Museum, dass Kriege, Schiffswracks und sonstige Opfer eher schicksalhaft denn menschengemacht sind. Damit wurde er nicht nur dem Tammschen Geschichtsbild, sondern auch der Sammlung gerecht. Schäfer bemühte selbst die Bibel: „Der Himmel freue sich, die Erde frohlocke, es brause das Meer und alles, was es erfüllt.“

Das ist geradezu eine Blasphemie, wenn man bedenkt, was heute bereits im Museum an der Elbchaussee den Besuchern an Exponaten mit Hakenkreuz-Orden, U-Boot-Modellen und Marineuniformen präsentiert wird. Auf einer vergrößerten Ausstellungsfläche wird es sich nach der Eröffnung des neuen Hauses 2007 sicherlich nicht ändern.

Peter Tamm hatte schon als Schüler ein

Faible für die Reichskriegsmarine des Dritten Reiches. Im letzten Kriegsjahr meldete er sich als Kadett freiwillig zur Marine. Verheiratet ist der Mann mit einer Admiralstochter. Der Freund kubanischer Zigarren ist alles andere als nur mit einem „Marinetick“ behaftet. Peter Tamm besitzt neben dem Museum und dem Wissenschaftlichen Institut für Seeschifffahrt auch mehrere Militär-Verlage, darunter die Verlagsgruppe Koehler und Mittler. Seine Verlage sind bei Bundeswehr und Marine eingeführt. Auch in der Nazizeit waren die Verlage für das Militär tätig, verlegten Propagandaschriften. Der Prachtband „50 Jahre Bundeswehr“ erschien selbstverständlich in der Tammschen Verlagsgruppe.

Friedensfreunde läuft heute bereits beim Anblick der Außenausstellung im Vorgarten der Museumsvilla eine Gänsehaut über den Rücken. In Richtung der friedlich auf der Elbe einlaufenden Containerschiffe sind Kanonen, Torpedos und Minen gerichtet. Ob 2007 die Sammlung nach museumspädagogischen Aspekten präsentiert wird, ist noch nicht entschieden. Über die Auswahl entscheidet allein Sammler Peter Tamm.

Mit dem Transparent: „Kopflöse Nazi-Uniformen als Touristenattraktion“ regte sich erster Protest gegen das neue Marinemuseum. Die 400 geladenen Gäste waren gezwungen, an der Mahnwache einer Friedensinitiative vorbeizugehen. Und die hatten nur ein Hohn-gelächter für das Transparent.

● **Wolfgang Bittner: Sie sind in den 50er Jahren in die Kommunistische Partei Deutschlands eingetreten. War das bereits in Ihrer Kindheit vorhersehbar? Wie waren die Verhältnisse in Ihrem Elternhaus?**

Josef Angenfort: Ich stamme aus einem christlich-katholischen Elternhaus. Mein Vater war Mitglied der christlich-katholischen Arbeiterbewegung. Das sah so aus, dass ich jeden Sonntag – wie Katholiken das tun sollen – zur Kirche ging. Als ich acht Jahre alt war, wurde ich folgerichtig mit großem Einverständnis meiner Eltern Mitglied der Sankt-Georgs-Pfadfinder, einer christlichen Jugendorganisation, und ich habe mich da außerordentlich wohl gefühlt. Es war für mich ein Schock, als die Nazis 1935 diese Organisation verboten. Meine Eltern waren aus religiösen Motiven gegen die Nazis. Mein Vater sagte immer: „Vor Gott sind alle Menschen gleich.“ Deswegen war er gegen die Verfolgung Andersdenkender, insbesondere gegen die sich später entwickelnde Verfolgung der Juden. Meine Eltern hatten auch antikommunistische Vorbehalte, die sich natürlich auf mich übertrugen.

● **Sie wurden damals Mitglied der Hitlerjugend. Wie ist das zu erklären?**

1937 nahm mich mein Klassenlehrer, ein sehr verständnisvoller Mann, beiseite und sagte: „Hör mal, ich kann dich nicht mehr zur Befreiung vom Schulgeld vorschlagen, wenn du nicht Mitglied der Hitlerjugend wirst. Sprich mal mit deinen Eltern.“ Das habe ich meinen Eltern erzählt, und sie sind zum Pastor gegangen, um sich Rat zu holen. Das Ergebnis war, dass ich 1937 tatsächlich Mitglied der Hitlerjugend geworden bin.

● **Wie war, abgesehen von der christlichen Orientierung, Ihr familiäres Umfeld?**

Mein Vater war aktiver Sympathisant des Zentrums, dieser im Grunde genommen konservativen Partei, die von den Nazis verboten und aufgelöst wurde. Er beteiligte sich an den Aktivitäten dieser Partei, ging also zu den Versammlungen. Er war Schmied und Schlosser, das hatte er gelernt, und er ging später zur Reichsbahn. Ich hatte noch vier Geschwister, und schon in meiner Jugendzeit habe ich soziale Probleme kennengelernt, denn mein zehn Jahre älterer Bruder war insgesamt fünf Jahre arbeitslos. Dank der Fürsorge meiner Eltern bekam ich eine gute Schulausbildung, 1942 machte ich in Düsseldorf das Abitur.

● **Sie sind mitten im Krieg Soldat geworden. Wie standen Sie damals zur nationalsozialistischen Ideologie?**

Natürlich hat die Schule sehr auf mich eingewirkt, so dass nationalsozialistische Einflüsse für mich eine Rolle spielten, zum Beispiel die Lebensraum-Theorie. Als ich Soldat wurde, stand ich auf dem Standpunkt: Die Nazis mögen ja unangenehme Leute sein, aber der Krieg ist nun mal da, und wir müssen sehen, dass wir möglichst gut herauskommen.

1942 bin ich zuerst zum Arbeitsdienst, danach zur Armee gekommen, und zwar als Besatzungssoldat nach Belgien. Als ich einen kurzen Urlaub hatte, habe ich die Auswirkungen des Luftangriffs auf Düsseldorf erlebt; meine Eltern sind damals ausgebombt worden. Im Juli 1943 kam ich an die Ostfront zu einem Truppteil, der den Belagerungsring um Leningrad nach Osten abschränkte.

● **Sie gerieten in russische Kriegs-**

Unser Kölner Autor WOLFGANG BITTNER

sprach mit Josef (Jupp) Angenfort, ehemals Funktionär der KPD in der BRD

Vier Jahre und vier Monate Haft für kommunistische Gesinnung

gefangenschaft ...

Am 7. Oktober 1943 wurde ich bei einem russischen Stoßtrupppunternahmen gefangenengenommen. Das war eine wilde Sache, denn ich habe mich kräftig gewehrt, weil Gefangenschaft überhaupt nicht in meinem Kopf war und ich natürlich Angst hatte, dass ich erschossen werde. Aber die Tatsachen haben mich eines Besseren belehrt: Ich wurde als Kriegs-

Kiew und meine Frau ist, nur weil sie Jüdin war, von den Deutschen erschossen worden.“

● **Sie bekamen dann Kontakt zu Gefangenen, die sich gegen Hitler-Deutschland wandten.**

In dem Lager Tscherepowez, in das ich kam, war ein recht aktives politisches Leben, vor allem geprägt durch das Na-

auf morgen.

Ich habe in der Gefangenschaft zunächst einmal die Reden gelesen, die auf den Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion gehalten worden sind, davon allerdings nur den außenpolitischen Teil. Und ich war überrascht, wie richtig und weitblickend die Beurteilung Hitler-Deutschlands, insbesondere im Hinblick auf die Zukunft, war. In diesen Reden von 1934 bis 1936 wurde gesagt, dass Deutschland einen Krieg gegen die Sowjetunion vorbereite, und zugleich hieß es, dass ein solcher Krieg mit der Niederlage Deutschlands enden würde und dass sich dann die Welt nicht wundern sollte, wenn einige Regierungen nicht mehr existierten. Das hat mich überzeugt, denn ich konnte ja nun sagen: Dort waren keine Phrasen gedroschen, sondern sachliche Voraussagen gemacht worden, die sich historisch als richtig erwiesen.

● **Und dann nahmen Sie das Schulungsangebot an?**

Als ich etwa ein halbes Jahr in Gefangenschaft war, wurde ich von den Leuten des Nationalkomitees Freies Deutschland gefragt, ob ich bereit wäre, eine antifaschistische Schule zu besuchen. Ich habe zugestimmt. Das Hauptthema, mit dem wir uns beschäftigten, war: Wie kann erreicht werden, das Hitler-Regime zu überwinden und ein friedliches, demokratisches Deutschland entstehen zu lassen? Es wurde aber auch über die Geschichte Russlands und der Sowjetunion gesprochen und in diesem Zusammenhang über den Marxismus. Darüber habe ich auf der Schule eine Menge gehört und gelesen.

Insgesamt war ich sechs Jahre in Kriegsgefingenschaft. Danach bin ich nach Düsseldorf zurückgekehrt, gesund, wenn auch mager. Das war im Dezember 1949. Und im Januar 1950 habe ich meine Mitgliedschaft bei der Kommunistischen Partei Deutschlands, bei der Freien Deutschen Jugend und bei der Gewerkschaft Handel Banken und Versicherungen, der ich nun, in Gestalt von ver.di, seit fünfeinhalb Jahrzehnten angehöre, beantragt.

● **Endlich heimgekehrt, gründeten sie eine Familie und fingen an, politisch zu arbeiten ...**

1951 habe ich geheiratet; wir haben zwei Kinder, die natürlich schon groß sind, und ich habe auch Enkelkinder. In der ersten Zeit war ich recht aktiv in der Freien Deutschen Jugend. Ich habe zum Beispiel dazu beigetragen, dass Helgoland nicht weiter durch britische und amerikanische Bombenzielübungen zer-

Ein 90-Jähriger berichtet über seinen Lebensweg und unerschütterlichen Antifaschismus:

○ **Vom Sankt-Georgs-Pfadfinder aus katholischem Elternhaus zum Mitglied der Hitlerjugend**

○ **Angst vor der Gefangenschaft und eines Besseren belehrt: Ein russischer Soldat suchte das Gespräch über den Philosophen Feuerbach und ein jüdischer Offizier reichte ihm die Hand**

○ **Heimkehr und Eintritt in KPD, FDJ und Gewerkschaft als Lehre aus der sowjetischen Kriegsgefingenschaft**

○ **Trotz Immunität als Landtagsabgeordneter auf offener Straße verhaftet**

○ **Wegen aktiver Tätigkeit in der FDJ in einem „Hochverrats“-Gesinnungsprozess zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt**

○ **Abenteuerliche Flucht in die DDR und Rückkehr in die BRD nach DKP-Gründung**

○ **Begnadigung durch Bundespräsident und Altnazi Lübke abgelehnt**

gefingener korrekt behandelt. Erstaunlich und beeindruckend war für mich, dass am zweiten Tag ein russischer Soldat zu mir kam, der ganz gut deutsch sprach; er wollte sich mit mir über Feuerbach unterhalten. Ich dachte, über den Maler Anselm Feuerbach, aber er meinte den Philosophen Ludwig Feuerbach, der auf Marx und Engels großen Einfluss hatte. Noch ein anderes Ereignis hat mich in diesen ersten Tagen der Gefingenschaft stark beeindruckt. Ein russischer Major, der offenbar die Mentalität deutscher Soldaten kennenlernen wollte, unterhielt sich mit mir, und am Ende des Gesprächs gab er mir die Hand mit den Worten: „Sie haben jetzt in den Augen der Nazis etwas ganz Furchtbares getan. Sie haben einem Juden die Hand gegeben. Ich komme aus

tionalkomitee Freies Deutschland. Ich ging zu den Versammlungen, war einverstanden und habe mich, da ich inzwischen von den Nazis innerlich weitgehend abgerückt war, im Dezember 1943 dem Nationalkomitee angeschlossen. Es sollte erreicht werden, dass die deutsche Wehrmacht, in der damaligen Zeit die einzige noch zu einer wirkungsvollen politischen Opposition fähige Kraft, den Krieg stoppt, Hitler beseitigt und in Verhandlungen mit den Alliierten eintritt – mit dem Ziel, dass Frieden geschlossen wird und ein freies, unabhängiges, demokratisches Deutschland entstehen kann.

● **Wie hat sich dieser innere Wandlungsprozess bei Ihnen vollzogen? Das kam doch sicherlich nicht von heute**

Fortsetzung auf Seite 9

Fortsetzung von Seite 8

stört wurde oder dass der Exgeneral von Manteuffel, der sich im Februar 1950 im ehemaligen Düsseldorfer Gewerkschaftshaus an die Frontgeneration wenden wollte, nicht sprechen konnte. Aufgrund dieser Aktivitäten wurde ich im Herbst 1950 zum Leiter des Zentralbüros der Freien Deutschen Jugend Westdeutschlands gewählt.

● **Sie haben auch für den nordrhein-westfälischen Landtag kandidiert.**

Richtig, 1950 waren Landtagswahlen, zu denen ich angetreten bin. Aber in den Landtag kam ich erst 1951 als Nachrücker. Bis 1954 war ich dann Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen. Ich wurde außerdem Mitglied des Präsidiums und des Sekretariats der KPD.

● **Damals ist doch eine ganz seltsame Sache passiert: Sie wurden von der Straße weg verhaftet.**

Ja, am 12. März 1953 war ich vormittags in der Nähe des Duisburger Zoos auf der Mülheimer Straße zu Fuß unterwegs, als plötzlich ein Auto scharf bremsend neben mir hielt. Heraus sprangen drei Männer, die mich in das Auto zerrten. Ich habe gedacht, das seien Leute des Bundes Deutscher Jugend, einer Gruppierung, die wir heute als rechtsextremistische terroristische Organisation bezeichnen würden. Deswegen habe ich laut geschrien: „Hilfe, Menschenraub! Hier wird ein Landtagsabgeordneter entführt!“ Tatsächlich haben sich Passanten das Kennzeichen des Autos gemerkt und bei der Polizei angerufen, aber sie bekamen zur Antwort: „Bewahren Sie Stillschweigen, das ist eine Polizeiaktion.“ Ich war also als Landtagsabgeordneter unter Bruch meiner Immunität verhaftet und zum Polizeipräsidium gebracht worden.

● **Wusste die Polizei nicht, dass Sie Landtagsabgeordneter waren?**

Doch. In dem Haftbefehl, den mir ein Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs namens Dr. Clauss vorlas, hieß es, dass die Vollstreckung nicht dadurch beeinträchtigt werde, dass ich Mitglied des Landtages sei. Ich war anschließend zwei Jahre in Untersuchungshaft in Münster und in Essen. Im Verlauf dieser Haft war ich vier Wochen auf freiem Fuß mit der Auflage, mich polizeilich zu melden, denn in dieser Zeit war Landtagswahlkampf und ich kandidierte für die KPD. Vierzehn Tage nach den Wahlen wurde ich erneut verhaftet, blieb wiederum in Untersuchungshaft, bis im April 1955 mein Prozess vor dem Bundesgerichtshof stattfand. Ich wurde zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt, weil ich Leiter der FDJ war; das wurde als Vorbereitung zum Hochverrat ausgelegt. Von den zwei Jahren U-Haft wurde mir ein halbes Jahr nicht angerechnet, so dass ich fünfeneinhalb Jahre Strafe hatte. Außerdem wurden mir die bürgerlichen Ehrenrechte auf fünf Jahre aberkannt und nach der Entlassung – so stand es im Urteil – war Polizeiaufsicht zulässig.

● **Wie haben Sie diese Zuchthausstrafe verbracht?**

Das Zuchthaus Münster hatte den Auftrag abzuschrecken. Deswegen war dort ein strengeres Regime als in anderen Zuchthäusern. Im ersten halben Jahr gab es überhaupt keinen Verdienst; man musste zwar arbeiten, bekam aber nichts dafür. Was man später verdiente, kam auf das persönliche Konto bei der Anstalt. Ich hatte im ersten halben Jahr auch nicht das

Recht, ein Buch zu bekommen; ich durfte – und das galt für die gesamte Zuchthausstrafe – keine Tageszeitung halten. Besuch wurde laut Anstaltsordnung nur alle zwei Monate genehmigt, einen Brief zu schreiben alle vier Wochen. Meine Frau ist deswegen zum Justizminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Dr. Rudolf Amelunxen, gegangen, der vor 1933 Regierungspräsident in Münster gewesen und von den Nazis aus dem Amt gejagt worden war. Dr. Amelunxen hat durch einen Erlass diese genannten Anordnungen aufgehoben, und er hat noch etwas getan, was meiner Familie sehr geholfen hat. Ich erhielt nämlich, als ich bereits drei Monate im Zuchthaus war, vom Generalbundesan-

lassung aus dem Zuchthaus gemacht?

Ich habe sofort Kontakt zur Kommunistischen Partei Deutschlands aufgenommen, die inzwischen verboten worden war, und bin dann im Jahre 1962 erneut verhaftet worden, das war in München. Ich wurde ins Gefängnis Stadelheim eingeliefert. Diesmal hatte ich den festen Vorsatz, bei günstiger Gelegenheit zu fliehen, weil ich außer meiner Reststrafe noch eine neue Strafe zu erwarten hatte. Die günstige Gelegenheit ergab sich, als ich vom Gefängnis zum Richter ins Justizgebäude München gebracht wurde, wo mir ein neuer Haftbefehl eröffnet wurde. Auf dem Rückweg vom Justizgebäude zum Gefängniswagen konnte ich aus der Fesselung heraus-

in die Bundesrepublik Deutschland zurückgekehrt.

Nachdem sich die DKP gebildet hatte, bin ich nach Düsseldorf zurückgegangen, habe mich beim Einwohneramt gemeldet und eine Verlängerung meines Ausweises beantragt. Daraufhin bekam ich vom Generalbundesanwalt die Aufforderung, mich am 30. Januar 1969 zur Verbüßung meiner Reststrafe von sieben Monaten ins Zuchthaus Lüttringhausen zu begeben. Das habe ich nicht getan, worauf ich ein paar Wochen darauf erneut verhaftet wurde. Aber es gab damals in der westdeutschen Öffentlichkeit eine große Empörung, denn das passte überhaupt nicht mehr ins politische Leben. Und eines Tages wurde ich vom Anstaltsleiter darüber



walt eine Rechnung über rund 10 000 Mark. Das waren Gerichtskosten, Transportkosten, Zeugengelder und Haftkosten, letztere schon bis auf das Ende der fünfjährigen Zuchthausstrafe vorausgerechnet. Diese Rechnung endete mit den Worten: „Zu zahlen bei der Gerichtskasse, ansonsten erfolgt Pfändung.“ 10 000 Mark waren damals sehr viel Geld, das wir natürlich nicht hatten. Meine Frau hat diese Rechnung dem Justizminister gezeigt. Dr. Amelunxen hat sich eine Kopie machen lassen und meiner Frau gesagt: „Von dieser Rechnung werden Sie nie mehr etwas hören.“ Und so war es dann auch.

● **Wie ist denn Ihre Verhaftung und Bestrafung in der deutschen Öffentlichkeit aufgenommen worden? Das muss doch publik geworden sein.**

Es gab eine große Solidarität und ich erhielt außerordentlich viel Post. Sie wurde mir in den ersten acht Tagen auch noch ausgehändigt, danach auf Anordnung des Generalbundesanwalts nicht mehr. Meine Post wurde – bis auf die meiner nächsten Angehörigen, die man mir gab – auf Lager genommen. Erst bei der Entlassung bekam ich vier große Persilkartons gefüllt mit der Solidaritätspost.

● **Was haben Sie nach Ihrer Ent-**

schlüpfen und erfolgreich entfliehen.

● **Ihrer Biografie ist zu entnehmen, dass Sie nach Ihrer Flucht in die DDR gegangen sind. Es war doch bestimmt nicht einfach, dorthin zu gelangen. Wie haben Sie das geschafft?**

Ich habe mich zuerst in München zu einer Familie begeben, die Heimarbeit machte und von der ich wusste, dass sie immer zu Hause ist. Dort erhielt ich Geld, Hut und einen Mantel, so dass ich schon ein bisschen anders aussah. Anschließend wurde ich bei einer anderen Münchner Familie untergebracht, die nicht Mitglied der KPD war, und nach acht Tagen, als sich alles ein wenig beruhigt hatte, bin ich in verschiedenen Etappen im Kofferraum eines Personenwagen nach Österreich gebracht worden. Von dort aus habe ich mich in die Deutsche Demokratische Republik begeben, und zwar nach Berlin.

● **Die KPD war inzwischen verboten ...**

Die KPD ist am 16. August 1956 verboten worden; da war ich schon in Haft. Ungeachtet dieses Verbots, das ja bis heute aufrechterhalten blieb, hatte sich im Jahre 1968 die Deutsche Kommunistische Partei, die DKP, gebildet, die bis heute besteht.

● **Sie sind dann nach einigen Jahren**

informiert, dass der Bundespräsident – es war seinerzeit Lübke – mich zu begnadigen beabsichtigte. Ich wurde gefragt, ob ich damit einverstanden sei. Selbstverständlich habe ich abgelehnt, und zwar mit der Begründung, dass ich mich von einem Mann, der mit den Nazis zusammengearbeitet hat, nicht begnadigen lasse. Aber am nächsten Tag bekam ich die Nachricht, dass der Bundespräsident mich auch gegen meinen Willen begnadigen könne, und so wurde ich entlassen.

● **Ihrer politischen Arbeit tat dies alles keinen Abbruch?**

Ja, ich wurde 1988 zum Vorsitzenden der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes in Nordrhein-Westfalen gewählt. Heute gehört mein politisches Engagement immer noch dieser Organisation, also der Bekämpfung des Neonazismus. Es hat da immer eine Doppelaufgabe gegeben: einmal die Betreuung der Opfer des Faschismus, und zweitens wollten wir dazu beitragen, dass es nie mehr Faschismus und Krieg gibt. Am klarsten kommt das in dem Schwur der Häftlinge von Buchenwald zum Ausdruck, die sich bekanntlich im April 1945 selbst befreit und auf dem Appellplatz des Konzentrationslagers geschworen haben: „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!“

Mehr noch als die ehrenden Worte während der festlichen Verabschiedung im Alten Rathaus und die Laudatio im Abschiedskonzert ließ der aus dem Amt des Gewandhauskapellmeisters scheidende Herbert Blomstedt mit seinem Dirigat der achten Sinfonie Anton Bruckners erleben, was das Gewandhausorchester und die Leipziger Musikfreunde ihm zu danken haben. Mit der von ihm in systematischer Arbeit erreichten unbedingten Präzision, klanglichen Transparenz und Kultur erklang diese gigantische Sinfonie in selten zu erlebender Klarheit und Schönheit. Der Verlauf der Sinfonie kann mit einiger Fantasie auch symbolhaft für die Arbeit Blomstedts verstanden werden: ein kraftforderndes Ringen führt zum strahlenden Höhepunkt.

Herausragendes gibt es auch vom letzten Rundfunkkonzert der Saison mit Dmitri Schostakowitschs elfter Sinfonie *Das Jahr 1905* und der Hebräischen Rhapsodie *Schelomo* für Violoncello und Orchester von Ernest Bloch zu berichten. Beide Werke erheben mit aller Kraft Anklage gegen Barbarei, geben der Sehnsucht nach einer besseren Welt bezwingenden Ausdruck. Inzwischen hat sich allgemein die Erkenntnis durchgesetzt, dass Schostakowitschs in westlichen Gefilden zunächst gering geschätzte *Elfte* kein plakatives, sondern ein ebenso gewichtiges, ausdruckstiefes Werk wie

seine anderen Sinfonien ist. Wenn dazu ein Dirigent wie der junge Schwede Stefan Solyom höchst engagiert das MDR-Sinfonieorchester führt, schwindet auch der letzte Zweifel an dieser Sinfonie. Ebenso leidenschaftlich setzten sich der Dirigent und der Violoncellist Claudio Bohorquez für Blochs Rhapsodie ein.

Unmittelbar nach Saisonende der Gewandhaus- und Rundfunkkonzerte begann die Sommerspielzeit mit den Montagskonzerten am Bach-Denkmal. Auch das Mendelssohn-, das Schumann- und das Böhmehaus, die Thomas-, die Nikolai- und weitere Kirchen laden zu gehaltvollen Konzerten ein. Die Schauspielstudenten der Mendelssohn-Hochschule für Musik und Theater wildern dieses Jahr im Operettenland. Sie versetzen nämlich Carl Zellers liebenswerten *Vogelhändler* nach New Tyrol. Da wird kräftig mit Schieß-eisen hantiert und es geht, von Carsten Knödler in Szene gesetzt, überhaupt

ziemlich handfest zu. Auch mit der Musik wird nicht zimperlich verfahren. Doch wie die Schauspielstudenten die beliebten Melodien zu deftigen Klängen des Klaviers, einer Gitarre, einem Bass und Schlagzeug unter Leitung Alexander Suckels bieten, bereitet auf andere als die vertraute Art Spaß. Für die 16 mit großem Einsatz agierenden Darsteller seien Nancy Fischer als Postchristel, Jan Andreesen als Adam und Julian Hackenberg als Stanislaus genannt.

Der Leipziger Oratorienchor erfreute unter Martin Krumbiegels überlegener Leitung in der Heilig-Kreuzkirche mit romantischer a-cappella Chormusik. Um Chöre von Mendelssohn, Schumann und Brahms gruppiert erklangen auch selten zu hörende Kompositionen von Ludwig Spohr, Carl Loewe, Robert Volkmann, Josef Rheinberger und – von Karl May, der sich in seinem *Ave Maria* nach eigenem Text auf vertrauten harmonischen Bahnen durch-

aus geschickt bewegt. Nach anfänglichen Intonationsproblemen gewann der Chorklang zum lebendigen, vielgestaltigen Ausdruck immer mehr Homogenität. Zu den ersten Veranstaltungen des MDR-Musiksommers gehörten die vier von Steffen Schleiermacher verantworteten Konzerte *KlangRausch*. Sie wurden dieses Jahr experimentierfreudig dem Thema *BreitSaite* gewidmet und verschafften schon am ersten Abend einen Begriff davon, auf wie verschiedenartige Weise die Saiten der traditionellen Streichinstrumente, der E-Gitarren, des Klaviers, des Cembalos und des Cymbaloms traktiert werden können. Zwischen Uraufführungen und anderen neuen Stücken fehlte John Cage nicht. Aus seiner 86 Stücke umfassenden *Piano Music* erklangen zwei Stücke gleichzeitig an zwei Klavieren. Im Verlauf der vier Abende steigerte sich das mittels erklingenden Tonbandaufzeichnungen von jedem Abend und weiteren Darbietungen an den Klavieren auf acht gleichzeitig erklingende Stücke. Ob das und anderes alles ernst genommen sein will oder werden muss, ja, ob Steffen Schleiermacher selbst das ernst nimmt, sei dahingestellt. Es gab am ersten Abend vom nicht sonderlich zahlreichen Publikum Jubel, Zurückhaltung, Ratlosigkeit und auch (allerdings nur gesprächsweise geäußerte) Ablehnung.

• WERNER WOLF/IRENE HEMPEL

Figaro trifft Schiller

Es ist ein ganz besonderes Erlebnis, sich im blühenden Garten des traditionsreichen Schillerhauses in die Welt des eifersüchtigen Figaros entführen zu lassen. Die freie Theatergruppe Kulturbeutel – Schüler und Studenten aller möglichen Professionen mit Liebe zum Theater – präsentiert nicht Mozarts Vertonung, sondern das Theaterstück *Ein toller Tag oder Figaros Hochzeit* von Pierre Augustin Caron de Beaumarchais (1732-1799). Dieses Zeitstück wurde von Ludwig XVI. verboten, und Napoleon sagte später darüber: „Das war schon die Revolution.“ – Es siegt nicht nur die Gattenliebe, sondern die Kraft des einfachen Volkes.

Regisseurin Mireille Martin lässt den Schauspielern viel Freiraum, jedoch ohne die Grundkonflikte zu übertünchen. Beate Krumm als Kammerfrau Susanne: wunderbar liebenswürdig. Als raffiniert-eifersüchtige Gräfin überzeugt Claudia Köhler. Alle Strudel umschiffend: Moritz Greifzu als Figaro.

Neben dem Sommertheater bietet das Schillerhaus Lesungen, Gartenkonzerte und Vorträge. Oder man lässt sich vom jungen Schiller höchstpersönlich durch das

1717 errichtete Wohnstallhaus führen, der hier 1785 als Sommergast gemeinsam mit seinem Verleger Georg Joachim Göschen eine glückliche Zeit verlebte.

• D. M.

Glück ohne Ende?

Wer in unseren Breiten kennt nicht die Liebesgeschichte zwischen Paul, dem eifrigen Aufsteiger im Außenhandelsministerium, und Paula, der leidenschaftlichen Verkäuferin? Wir haben Heiner Carows Film und die Musik von den Puhdys im Kopf.

Auf der Parkbühne im Clara-Zetkin-Park zeigt uns das Schauspiel Leipzig Ulrich Plenzdorfs Theaterfassung seines Film- und Romanstoffes der *Legende vom Glück ohne Ende*, die 1983 das Licht der Bühnenwelt erblickte. Regisseurin Uta Koschel spickt die Inszenierung augenzwinkernd mit DDR-Alltagssymbolik und lässt ihren Protagonisten genug Freiraum, um erkennen zu lassen, dass die Urfragen nach Leben, Liebe und Tod systemunabhängig sind und gleichwohl in den Koordinatenachsen der herrschenden Ordnungen beantwortet werden.

Franziska Junge als Paula und ihr vermeintliches Pendant Laura: zwischen Lebenslust und Frust wandelnd, zu

Gefühlsstürmen aufbrausend. Ihr gelingen anrührende Bilder: sie lässt Rosenblüten regnen oder verzehrt sich singend nach Paul. Dieser wird jugendlich frisch von Aleksandar Radenkovic gespielt, hin- und hergerissen zwischen Rason und Gefühl. Paul und Paula und Laura: Wir lieben sie.

• D. M.



Die Welt von Paul und Paula: Viel Glück, viel Unglück. Ein modernes Märchen.

Foto: Rolf Arnold / Schauspiel Leipzig

Im Herbst 1958 kam ein umfänglicher dreiteiliger Spielfilm nach einem Roman Scholochows in die Kinos. Das Fernsehen war in der DDR noch wenig verbreitet, und so wurde *Der stille Don* damals konkurrenzlos schnell zum kulturellen Tagesgespräch. 47 Jahre danach zeigt

Von MICHAEL ZOCK

jetzt das MDR-Fernsehen an drei Julimontagen diesen nie ganz vergessenen aber auch immer wieder strittigen Film des Regisseurs Sergei Gerassimow. (Bereits 1930 gab es eine erste Verfilmung des Stoffes) Beiden liegt ein vierbändiger (!) Roman über das Kosakendorf Tatarsk zugrunde: beginnend zehn Jahre vor dem ersten Welt-

FF dabei DER FILM- UND FERNSEH-LINK

Er wirft sein Gewehr in den Don

krieg und fünf Jahre nach der Oktoberrevolution endend.

Wer sich die Mühe macht, noch einmal die umfänglichen zeitgenössischen Bewertungen nach der DDR-Erstaufführung zu lesen, stößt interessanterweise auch auf die Frage nach dem Grad der Literaturkenntnis und des historischen Wissens hierzulande.

Bitte keine heutigen Denkklichschees: Scholochow stand 1958 in der DDR nicht in jedem Bü-

cherschrank. Und so wurde zu Recht darauf aufmerksam gemacht, dass besonders im Kampfgetümmel des zweiten Teils die Übersicht für den deutschen Zuschauer schon mal verloren gehen kann. Denn zwischen den *Don*-Kinobesuchen lagen oft Wochen. Ganz selten spielte ein Kino die drei Teile in einer Vorststellung. Immerhin knapp sechs Stunden Film!

1999 kritisiert die in Stuttgart erschienene Geschichte des sowjet-

ischen und russischen Films: „Dass die Tragik der Hauptfigur, die keinen Platz in der Geschichte des eigenen Landes findet, zugunsten der Liebesverwirrungen stark gemildert ist.“ Da ist etwas dran. Ich habe es mir auch von damaligen Kinogängern bestätigen lassen: Liebe, Eifersucht und Tod waren vor allem die Gründe für das starke Publikumsinteresse an diesem Film.

Scholochow hatte übrigens ein Mitspracherecht bei der Besetzung der Hauptrollen. Das ehrgeizige Projekt bot anspruchsvolle, dankbare Aufgaben für die Neulinge Pjotr Glebow und Sinaida Kirijenko und die bereits erfahrene Elina Bystrizkaja. In Karlovy Vary 1958 beim internationalen Festival gab es Hauptpreise.

Nur der erste Teil gelangte damals auch ins westdeutsche

Kino. Seit Jahren existiert eine vollständige, käufliche Videofassung des von der DEFA sorgfältig synchronisierten Films.

1963 kam ein erneuter Dreiteiler nach Scholochow ins DDR-Kino: *Neuland unterm Pflug*. Nur spärlich strömten da die Besucher, und so wurde er auch in Leipzig rasch aus den Filmtheatern genommen. Die Sehgewohnheiten und Filmwünsche hatten sich dank West- und Ostfernsehen vollkommen geändert. Wie wirkt nun heute auf dem Bildschirm solcherart Wiederbegegnung mit vergangener sowjetischer Filmkunst? Jeweils 90 000 Zuschauer im Sendegebiet sahen dieser Tage den ersten und zweiten Teil.

LEIPZIGS NEUE ist an Ihrer Meinung interessiert. (Dritter Teil am 18. 7. gegen 23 Uhr im MDR)

Wenig bekannt ist, dass nach dem Ende des sich antifaschistisch verstehenden Deutschland in den Grenzen der DDR eine in allen Teilen Deutschlands wirkende Organisation „Deutsche in der Résistance, in den Streitkräften der Antihitlerkoalition und der Bewegung „Freies Deutschland“ e.V.“ entstand. Ihr ist es zu verdanken, dass dieses Buch auf Initiative ihres Mitglieds Gottfried Hamacher, der in der zweiten Hälfte seines neunten Lebensjahrzehnts steht, entstehen konnte. Der Verlag wurde, wie er mitteilt, „in freundlicher Absicht von verschiedenen Seiten mehrmals gewarnt, dieses Buch der Öffentlichkeit zu übergeben“, da es unvollständig sei. Seine Position dazu ist korrekt. „Vor die Wahl gestellt, dieses Buch zu publizieren oder weiterhin Teil

der – nicht zuletzt akademischen – Verschweigungsgemeinschaft in Deutschland zu bleiben, hat sich der Verlag entschlossen, zum einst gegebenen Wort zu stehen und das Buch zum 60. Jahrestag der Befreiung vom deutschen Faschismus auf den Markt zu bringen.“

Lücken dieser Publikation sind darauf zurückzuführen, dass es an Kraft, an Zeit und an Geld fehlte, das zu leisten, was letztlich nur an einer akademischen Einrichtung zu leisten wäre. Wie es in Deutschland um solcherart Institutionen

und um ihre Fähigkeit und ihren Willen bestellt ist, heißt es dazu im Geleitwort, derartige systematische Werke zu erarbeiten, darüber wird kaum ein Leser der Beherrschung bedürfen. Aber es ist ein Anfang gemacht worden. „Hunderte Frauen und Männer erhalten mit diesem Buch ihre Ehre zurück – und das zählt.“ Denn, und das sei nicht vergessen – Stefan Doernberg erinnert in seinem Vorwort daran – in der alten Bundesrepublik wurden Jahrzehnte lang die Frauen und Männer, die aus bewusster Entscheidung den gerechten

Kampf der Anti-hitlerkoalition unterstützt hatten, als Landesverräter beschimpft. Das Projekt soll fortgeführt werden. Jeder, der mit Ergänzungen, Korrekturen und eventuellen Streichungen beitragen möchte, ist gebeten, sich an die Rosa-Luxemburg-Stiftung zu wenden, der ebenso wie dem Verlag zu danken ist, .

• **KURT SCHNEIDER**

Gottfried Hamacher unter Mitarbeit von André Lohmar, Herbert Mayer, Günter Wehner und Harald Wittstock: Gegen Hitler. Deutsche in der Résistance, in den Streitkräften der Antihitlerkoalition und der Bewegung „Freies Deutschland“. Kurzbiografien. Mit einem Vorwort von Stefan Doernberg. (Reihe: Manuskripte / Rosa-Luxemburg-Stiftung, Bd. 53). Karl Dietz Verlag Berlin 2005. 229 Seiten, 9,90 Euro

Der Da-Vinci-Code

Die rätselhaften Umstände der Ermordung des Direktors des Pariser Louvre, die allmähliche Entschlüsselung der hinterlassenen Botschaft des Sterbenden und die abenteuerliche schrittweise Aufdeckung eines unglaublichen Komplotts, dessen Spuren bis in den Vatikan führen, sind nur der äußere Rahmen für einen viel tiefergehenden Spannungsbogen, der von Jesus Christus und Maria Magdalena über Kaiser Konstantin, den Templar-Orden, Leonardo da Vinci und Isaac Newton zum Geheimbund der Pri-



euré de Sion und seinen militanten Widersachern vom vatikanischen Orden Opus Dei führt. Wegzeichen sind uralte Symbole und kryptografische Rätsel. Die nebelhafte Legende vom Heiligen Gral erscheint in einem völlig neuem Licht. All



Leonardo da Vincis Gemälde „Abendmahl“ (Ausschnitt). Sitzt in der Tat rechts neben Jesus statt des Jüngers Johannes – wie der Autor zu beweisen sucht und schon andere mutmaßten – Jesus' Frau Magdalena?

eines Romans sein muss –, steht es im Dienste der Suche nach der geschichtlichen Wahrheit. Für die Seriosität des Autos und seines Buches spricht, dass sie in der Enzyklopädie *Wikipedia*, Ausgabe Frühjahr 2005, in mehreren der genannten Zusammenhänge zitiert werden.

• **KURT RECHT**

Dan Brown: Sakrileg. Aus dem Amerikanischen. Gustav-Lübbecke-Verlag, Bergisch Gladbach 2004. 605 S., 19,90 (illustr. Ausg. 24,90) Euro (Originaltitel: „The Da Vinci Code“)

Was der Klosterbruder erzählt ...

Von einem Beinahe-Dreiecksverhältnis, das seinen Scheitelpunkt in der Wende hat. Da ist vor allem Katharina, die zu gewissen Kompromissen kaum fähige Schönheit, mit dem unerträglichem Rot im Haar. Verbunden mit Ruprecht, der in oft spontaner Art auf seinem Recht zur Selbstverwirklichung besteht, wozu unter Wichtigerem auch das Tragen eines Leihbeamtenmantels (was immer das auch sein soll) gehört. Schließlich Hagen, der Klosterbruder, der die beiden mehr als mag, und selbst dann bewundert, wenn ihm ihr Handeln befremdlich erscheint. Letzteres bietet ihm gute Voraussetzungen, um von ihnen und damit gelegentlich auch von sich zu erzählen. Vor allem aber von Ruprecht und Katharina, die sich auf ihre Art den Herausforderungen der späten DDR-Jahre stellen. Er als Elektronikfachmann und das, was man damals Leiter nannte. Sie als Künstlerin und spiritus rector eines Marionetten-theaters. Beide finden Förderer und Widersacher, beide sind in die immer undeutlicher werden-

den Kämpfe der Endzeit verwickelt, beide fühlen sich zutiefst verstört vor einem Abgrund, nachdem es mit dem Land ihrer Herkunft zuende gegangen ist. Während Hagen, der Journalist, der alten wie der neuen Zensur ausgesetzt und allenfalls von unerfüllter Liebe gezeichnet bleibt, bekommt das von ihm beschriebene Paar, denunziert und seiner Würde beraubt, keinen Fuß mehr auf den Boden der neuen Verhältnisse. Auf ihm finden sie weder zu sich noch zueinander. Getrennt verlassen sie ihn auf eine Weise, die den Ich-Erzähler und mit ihm den Leser erschüttert zurücklässt. Ein Wenderoman also? Wer dahingehende Wünsche eines schubfachgewohnten Feuilletons teilen will, mag ihn so lesen. Der Rezensent empfiehlt eine gut geschriebene Menschen- und Liebesgeschichte, zu der die Zeit, in der sie sich erfüllen müsste, nicht mehr taugt.

• **JOACHIM NOWOTNY**

Rudolf Scholz: und geh nicht ohne groß. ddp goldenboden Dresden 2005, 19,90 Euro

Ich kann's nicht lassen, bei Sammelbänden fang ich meistens irgendwo in der Mitte oder hinten zu lesen an. Dem liegt wohl der verinnerlichte Verdacht zu Grunde, mit der ersten Geschichte zum Kauf angeführt zu werden. Ein Rezensionsexemplar kostet zwar nichts ... Also, ich lese erst mal die vorletzte Reportage „Besuch bei den Nußknackern“. Und was steht gleich am Anfang? Klar, der nun wirklich längst widerlegte und aufgeklärte Stuss, dass die Weihnachtstengel in der DDR „nach offiziellem Sprachgebrauch“ Jahresendflügelfiguren genannt werden sollten. Diszipliniert las ich dennoch weiter und erfuhr eine wirklich interessante Geschichte. Interessant sind auch die meisten anderen Reportagen in diesem Band. Sie stammen von acht, meist jüngeren Journalisten (zwei aus dem Westen), die für einen „Mediendienst Ost“ arbeiten. Wer könnte ihren Wunsch nach einem Buch besser nachvollziehen als eine Zeitungs-Journalisten, die die Crux kennt, dass heute Gedrucktes morgen schon auf dem Wegwerfstapel liegt. Und das ist manchmal wirklich schade. Dennoch, die hier gesammelten

Geschmackssache:

Lesen oder liegen lassen

Reportagen (in denen ich manch Exotisches zum Beispiel über Leipzig erfuhr), sind, wie Matthias Platzeck auf dem



Klappendeckel zitiert wird, zwar ein facettenreiches Kaleidoskop, aber nicht der Osten. Allein der Buchtitel „Tief im Osten“ ist ja schon Programm und erinnert an die lächerlich-peinlichen Ostalgieshows. Und dann – siehe den Einwand eingangs: Solche Beispiele

könnte ich allerhand anführen. Sie sind wohl teils einer heute üblichen Laxheit, teils einer für Journalisten eher unentschuld-baren Unwissenheit über die DDR, aber teils auch aus der üblichen Borniertheit heraus entstanden, mit der über die Ehemalige zu schreiben ist. Oder was soll dieses eine Wort in der wahrlich neckischen Reportage über die „Rote Kaderschmiede des Kapitalismus“, die ABF? Da wird die karg eingerichtete Studierstube beschrieben und dann wie als Gipfel der Gemeinheit das „schmucklose“ Bücherregal angeführt. Ein völlig überflüssiges Adjektiv. Zufällig, arglos, gedankenlos? Welches Bücherregal gewinnt durch Zierrat?

Mag sein, ich bin überpenibel und übersensibel. Aber man wird es mit der Zeit, wenn alle soviel über die DDR wissen, die sie gar nicht oder kaum noch kennen. Kurz: Ein Büchlein, das man durchaus auch mit einigem Gewinn zur Kenntnis nehmen kann, aber eben ...

• **MAXI WARTELSTEINER**

Michael Kraska/Christian Werner: Tief im Osten. Begegnungen mit der anderen deutschen Art. Das neue Berlin 2005, 207 S., 14,90. Euro

KALENDERBLATT

Vor 60 Jahren

Landesverwaltungen nehmen Tätigkeit auf

Nach der Herausbildung örtlicher Verwaltungsorgane nehmen in der SBZ zwischen 4. und 16. Juli 1945 Landes- und Provinzialverwaltungen ihre Tätigkeit auf. Sie sind in dieser Phase des antifaschistisch-demokratischen Neuaufbaus die höchsten deutschen staatlichen Organe in der SBZ.

Ihre Präsidenten, vom Block der antifaschistischen Parteien vorgeschlagen und vom Chef der SMAD bestätigt, sind Dr. Rudolf Friedrichs (Land Sachsen), Dr. Karl Steinhoff (Provinz Mark Brandenburg), Wilhelm Höcker (Land Mecklenburg-Vorpommern), Dr. Friedrich Hübner (Provinz Sachsen) und Dr. Rudolf Paul (Land Thüringen). Als Vizepräsidenten sind sechs Kommunisten, vier Sozialdemokraten, fünf bürgerliche Demokraten und drei Parteilose tätig. Bei den Präsidien der Landes- und Provinzialverwaltungen werden – mit unterschiedlicher Kompetenz und Bezeichnung – Landesämter (Abteilungen) für Inneres, Wirtschaft, Land- und Forstwirtschaft, Ernährung, Volksbildung, Finanzen, Justiz, Arbeit und Sozialwesen, Gesundheitswesen und Polizei gebildet. Die Landes- und Provinzialverwaltungen sind ihrem Charakter nach demokratische provisorische Koalitionsregierungen. Anlässlich seiner Amtseinführung erklärt der Präsident der Landesverwaltung Sachsen, Dr. Rudolf Friedrichs: „Der nationalsozialistische Staat besteht nicht mehr ... Wir leiten unsere Rechte und Pflichten aus der Tatsache her, dass wir nach dem Willen des Volkes von der Besatzungsmacht berufen worden sind. Alle Parteien des deutschen Volkes sind durch geeignete Persönlichkeiten in der Landesverwaltung vertreten. Damit ist auch die immer wieder auftauchende Frage nach dem jetzt geltenden Recht beantwortet. Mit dem nationalsozialistischen Parteistaat ist alles Recht versunken, das er geschaffen hatte, denn es bestand nur kraft seiner terroristischen Machtentfaltung und verlor mit dem Verfall seine Wirksamkeit. Die Gesetze der neuen demokratischen Ordnung müssen und werden aus ihr selbst entstehen.“ Am 22. Oktober 1945 überträgt die SMAD den Landes- und Provinzialverwaltungen das Recht, Gesetze und Verordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen. Zugleich erhalten alle bisher erlassenen Verordnungen Gesetzeskraft, soweit sie nicht Normativen des Kontrollrates und der SMAD widersprechen. Die Regelung der Fragen, die sich auf das gesamte Gebiet der SBZ beziehen, bleiben weiterhin der SMAD vorbehalten.

KURT SCHNEIDER

Vor sechzig Jahren: Potsdamer Abkommen

Was ist aus den Bestimmungen geworden?

Wenn heute über das Potsdamer Abkommen geurteilt wird, empfindet es sich, drei Aspekte zu prüfen: Welches Ziel setzten sich die „großen Drei“ in ihren Verhandlungen, die vom 17. Juli bis 2. August 1945 im Schloss Cecilienhof stattfanden?

Warum war die Auseinandersetzung um die Verwirklichung der Beschlüsse eine wichtige Konstante in der Ost-West-Konfrontation und den deutsch-deutschen Beziehungen? Was ist aus den Bestimmungen geworden?

Zunächst: das Potsdamer (Berliner) Abkommen ist neben den protokollarischen Mitteilungen ein Vertragswerk der Vertreter der Siegermächte Harry Truman, J. W. Stalin und Clement Atlee (der im Ergebnis der Wahlen in Großbritannien Churchill abgelöst hatte).

Die „großen Drei“ vertraten die Hauptmächte der Antihitlerkoalition, die sich mit Frankreich und China) in der UNO mit Hilfe des „Veto“-Rechts ihre Sonderstellung bereits gesichert hatten. Sie versuchten aber auch, divergierende Interessen durchzusetzen. Die beginnende Bipolarität war z. B. erkennbar, als während der Konferenz Truman seinem „Partner“ Stalin von der Existenz der Atombombe berichtete und (vergeblich) hoffte, damit seine Position zu stärken. Aber im Mittelpunkt stand die „deutsche Frage“, allerdings nicht primär als territoriales Problem. Lange vor „Potsdam“ hatten Beraterstäbe erkannt und formuliert, dass es Festlegungen geben muss, die für alle Zukunft garantieren, dass Deutschland nie wieder eine Aggression beginnen kann. Ein Beispiel von vielen dafür ist der Bericht eines Kongress-Ausschusses unter Leitung von Senator Kilgore. Deutschland sei durch Geschichte, militaristische Tradition, psychische Disponiertheit seiner Eliten und der Macht von bestimmten Industriellen eine permanente Gefahr für die Völker. „Die Tatsachen machen diese Industrielten mitschuldig an den von Nationalsozialisten in ihrer Sucht nach Weltherrschaft gegen die Völker der Erde verübten Verbrechen.“ Es war deshalb nicht verwunderlich, dass nach den Vorstellungen der „großen Drei“ (mit Modifizierungen im Detail) die Demilitarisierung, Denazifizierung, Demokratisierung, Demonopolisierung, Dezentralisierung und Demontage im Ergebnis langjähriger Besetzung Deutschlands durch die Siegermächte durchgesetzt werden sollten.

Das war eine „Weichenstellung“ für die Nachkriegspolitik, ohne deren Kenntnis andere Entscheidungen Besatzungspolitik, Programme von Parteien, Grundgesetz, Nürnberger Urteile usw. kaum zu verstehen sind. Manche der Potsdamer Festlegungen trafen viele Deutsche direkt und unmittelbar. Dazu gehörten die Grenzziehung, die Umsiedlung („Transfer“) und die Reparationen. Der Kompromiss in der Reparationsfrage lautete, dass jede Besatzungsmacht ihre Ansprüche aus ihrer Zone realisiert. Da die Sowjetunion und Polen die verheerendsten Kriegsschäden zu beheben hatten, bedeutete das, dass die sowjetische Zone de facto die Reparationen für ganz Deutschland zu tragen hatte.

Die Grenzregelungen standen zwar unter dem Vorbehalt, dass

vor 1933 im Versailler Vertrag) ein Hindernis für seine strategischen Ziele. Adenauer sah in Potsdam seinen „Albtraum“. Nicht wenige bürgerliche Politiker, Publizisten und Historiker werteten die Ergebnisse des Potsdamer Abkommens in Übereinstimmung mit dem Bundesverfassungsgericht als „die vollständige Besetzung des deutschen Staatsgebiets, die Kapitulation der Wehrmacht, das Aufheben jeder staatlichen Verwaltungstätigkeit, die Auflösung aller Einrichtungen und Organisationen der den Staat allein tragenden Partei“ (der NSDAP – H. S.) als „Katastrophe, die in der neueren Geschichte ohne Beispiel ist.“

Nicht Faschismus und Krieg sind für diese Leute die Katastrophe, sondern die Niederlage.



Am 17. Juli 1945 begann im Schloss Cecilienhof die Konferenz der Vertreter der drei Großmächte, die das Potsdamer Abkommen beschloss. Churchill (später nahm Atlee teil), Truman, Stalin (v. l. n. r.)

ein Friedensvertrag mit Deutschland sie hätte bestätigen sollen, aber für die Sieger war die Frage entschieden, und einen Friedensvertrag gibt es bis heute nicht. (Die Gründe dafür und die Konsequenzen werden hier nicht untersucht.)

Das Potsdamer Abkommen bot die völkerrechtliche Chance für einen Neuanfang ohne deutschen Militarismus und Imperialismus.

Ob und inwieweit die Bestimmungen der Sieger auch den Erfahrungen und Interessen der meisten Deutschen nach den Jahren der faschistischen Herrschaft und des Krieges entsprach, lässt sich prüfen: Schumacher und die SPD forderten die Entmachtung des Kapitals und den Sozialismus als Tagesaufgabe als Bedingung für Demokratie und Frieden in Deutschland. Adenauers CDU stellte fest, dass die Bourgeoisie versagt habe. Die KPD orientierte auf einen antifaschistisch-demokratischen Neubeginn.

Die Stellung der beiden deutschen Staaten zum Potsdamer Abkommen unterschied sich. Der Imperialismus, in der BRD wiedererstanden, sah im Potsdamer Abkommen (ähnlich wie

Schon 1955, zehn Jahre nach „Potsdam“, formulierte der damals tonangebende Historiker Hans Rothfels die These, wonach „Potsdam als Ausgangspunkt für die Gefährdungen Deutschlands und Europas“ zu gelten hatte.

Hitlers außenpolitisches Kredo war „Revanche für Versailles“. Adenauer stellte die Weichen für eine Außenpolitik, die die Bestimmungen von Potsdam zunächst umging, später korrigierte. Das konnte er, weil die Antihitler-Koalition zerbrach und deutsche Kanzler zu Vasallen der westlichen Alliierten wurden. (Schumacher hatte das gegenüber Adenauer noch ausgesprochen.)

Die DDR fand im Potsdamer Abkommen, das im Hinblick auf die Unantastbarkeit der Nachkriegsordnung in Helsinki feierlich bestätigt wurde, zu Recht eine völkerrechtliche Legitimation ihrer Politik. Ihr Ende war auch das Ende des Vertragsgefüges, das nach 1945 entstanden war. Die negativen Folgen sind unübersehbar. Die Nachkriegsordnung, die die friedliche Koexistenz normierte, ist zu Ende.

Wer die heutige Lage an den

Zielen und Maßstäben von „Potsdam“ misst, wird je nach seinem politischen Standort Unterschiedliches bilanzieren.

Die „Krupps“ und „Flicks“, die für den Untergang der Weimarer Republik und für den Faschismus gleichermaßen verantwortlich waren und in Nürnberg auf der Anklagebank saßen, haben ihre ökonomische Macht nicht nur schlechthin restauriert. Den zeitweilig verlorenen Osten, die DDR, haben sie in „friedlicher Revolution“ annektiert und als „Befreiung“ und „Wiedervereinigung“ gefeiert. Das, was Imperialisten mit Hitler und seinen Panzern nicht sichern konnte, die Unterwerfung „Europas“ unter ihre Profitinteressen, ist weitgehend erreicht. Die Wehrmacht erreichte für ein paar Tage den Elbrus. Bundeswehrosoldaten stehen am Hindukusch. Deutschland erhebt den Anspruch (sogar in der UNO), mit den einstigen Siegern auf „gleicher Augenhöhe“ zu verhandeln.

„Europa“ mit seinem „Kernland“ Deutschland wird zum Rivalen Russlands und der USA. Es wird sich zeigen, welche Erfolge „Klopffechter des Kapitals“ im Juli/August noch fei-

ern werden. Eine Reihe von Fakten ist nicht auszulöschen.

– „Potsdam“ war eine völkerrechtliche Grundlage für die Existenz und die Politik der DDR.

– Die zeitweilige Schwächung des deutschen Imperialismus und Militarismus, nicht zuletzt durch die Existenz der DDR, trug zum vierzigjährigen Frieden in Europa bei.

– Die früher von manchen Politikern beklagte Besetzung deutschen Territoriums existiert (außer durch sowjetische / russische Truppen) weiter.

Sogar Atomwaffen lagern noch auf deutschem Boden, was „Patrioten“ und Grüne nicht um den Schlaf bringt.

Obwohl mit dem „Zwei-plus-Vier-Vertrag“ die territorialen und ökonomischen Ansprüche von Revanchisten keine Grundlage mehr haben dürften, wird ihr Geschrei mit Billigung von Politikern fortgesetzt.

Es gibt viele Gründe, die Bedeutung und die Wirkung des Potsdamer Abkommens auch unter aktuellen Gesichtspunkten streitbar zu erörtern und zu nutzen.

• **HORST SCHNEIDER, DRESDEN**



Von
**KLAUS
HUHN**

Nun weiß also auch der letzte Leipziger, dass er für eine London-Reise sparen müsste, wenn er die Olympischen Spiele 2012 live erleben will. Oberbürgermeister Tiefensee machte aus seinem Groll über die Entscheidung des Internationalen Olympischen Komitees kein Hehl und verkündete – womit er seine Kompetenzen allerdings maßlos überschritt –, dass Leipzig sich „mit allerhöchster Wahrscheinlichkeit“ nie wieder bewerben werde.

Andere versuchten den Motiven der Entscheidung des IOC auf die Spur zu kommen. Tony Blair wurde als „Argument“ ins Feld geführt und obendrein die angeblich ausschlaggebenden „Vorteile“ der Londoner Bewerbung entdeckt. Um es ganz deutlich zu sagen: Auch im Jahr 2005 wurde die Wahl durch Manipulationen hinter den Kulissen entschieden. Der Laie mag das nicht glauben wollen und vermuten, dass London vielleicht doch ein wenig „olympischer“ war, als Paris. Der Insider aber belächelt solche Überlegungen. Er kennt die Strukturen zu gut, als dass er darüber auch nur nachdenken würde.

Betrachten wie die Sache aus der Nähe. Im ersten Wahlgang scheiterte Moskau mit nur 15 Stimmen. Die meisten hatten dieses Resultat erwartet und die „Stimmenhändler“ sich schon Tage vorher darauf eingerichtet, diese 15 Stimmen für die nächsten Wahlgänge rechtzeitig an Land zu ziehen. Hinzu kamen noch die drei Stimmen der russischen IOC-Mitglieder, die am ersten Wahlgang nicht teilnehmen durften.

Der „Papst“ unter den Stimmenhändlern dürfte der Spanier Juan Antonio Samaranch gewesen sein, der als Ehren-Präsident zwar überhaupt nicht stimmberichtig war, aber mehr Abstimmungen als jeder ande-

re im Saal nicht nur erlebt, sondern auch kaltblütig dirigiert hatte. Dass Madrid seine Stimmenzahl vom ersten zum zweiten Wahlgang von 20 auf 32 steigern konnte, spricht für diese These. Danach wurde die Frage akut: Wohin wandern die 16 Stimmen, die das ausgeschiedene New York erhalten hatte und dazu die drei Stimmen der US-Amerikaner, die an dem dritten Durchgang noch nicht mitwirken durften? Dass sich Londons Anteil danach von 27 auf 39 erhöhte, konnte also kaum überraschen, Paris kletterte von 25 auf 33.

Gold. Daran erinnert man sich nicht nur in Moskau, dort aber sehr genau.

Oder: Das von einigen Dummköpfen an die Seite gedrängte deutsche IOC-Mitglied Tröger schwärmte in allen Etagen von seinem Frühstück mit der Blair-Gattin Cherie. Oder: Die beiden den Weltskiverband FIS repräsentierenden Schweizer IOC-Mitglieder Hodler und Kasper hatten Wind davon bekommen, dass die französische Regierung die Mittel für die Ski-Weltmeisterschaften 2009 kürzen würde, wenn die Spiele

Sportkolumne

Wie die Olympiastadt gewählt wird ...

Bis zu diesem Punkt hatten sich alle Erwartungen so ziemlich erfüllt und deshalb dürften auch die „Stimmenhändler“ mit dem Verlauf durchaus zufrieden gewesen sein.

Sie hatten den in Singapur angereisten Politikern und Sportstars natürlich auch die nötigen Tipps gegeben, mit wem man in einem Separee des berühmten „Raffles Hotel“ rechtzeitig die Situation erörtern sollte. Als man den Londoner Wortführer, den Ex-Weltrekordläufer Sebastian Coe, schon vor der ersten Abstimmung mit dem russischen Ur-IOC-Mitglied Witaly Smirnow beim Essen sah, wurde die Nachricht verbreitet, er habe dem Russen etwas angeboten. Ich glaube, dass er das gar nicht nötig hatte. Als die NATO-Länder auf Weisung Washingtons 1980 die Olympischen Spiele in Moskau boykottierten, die britische Obrigkeit aber mit ihrer Boykottorder scheiterte, weil im britischen Nationalen Olympischen Komitee eine Mehrheit für die Teilnahme votierte, die Regierung daraufhin alle Mittel sperrte, Rentner und Gewerkschaften aber einsprangen und die nötige Summe sammelten, war Sebastian Coe mit von der Partie. Er gewann über 800 m Silber und dann über 1500 m

in Paris stattfänden. Der einfachste Schritt, dies zu verhindern: London unterstützen!

Ein Blick auf das Endresultat – London 54 Stimmen, Paris 50 Stimmen – offenbart, dass allein die beiden Skifunktionäre für ein „Unentschieden“ hätten sorgen können, wenn sie sich anders entschieden hätten. Es wäre schon kritisch geworden, wenn man sie gar nicht hätte abstimmen lassen, weil es doch gar nicht um Winterspiele ging ...

Übrigens: Als die Spiele in den siebziger Jahren an Moskau vergeben wurden und die ganze Welt wissen wollte, wer für die Sowjetunion votiert haben mochte und wer dagegen, erklärte der damalige IOC-Präsident, der pöfliche Ire Lord Killanin im Wiener Rathausaal den Journalisten: „Moskau bekam die Mehrheit. Als das feststand, habe ich die beiden ältesten IOC-Mitglieder gebeten, die Abstimmungszettel zu zerreißen und die Schnipsel in die Donau zu streuen“. Damit waren alle Spuren bis hin zu den Fingerabdrücken beseitigt.

In Singapur wurde per Computer abgestimmt. Da mussten also nicht einmal mehr Zettel zerrissen werden ...

Vom 1. August an gibt es beim Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlag (shz) keine eigene Sportredaktion mehr. Bislang waren dort fünfzehn Redakteure beschäftigt. Sie hatten sich sowohl um den überregionalen Sport als auch um den Lokalsport in den zwanzig Lokalredaktionen zu kümmern. Die Berichterstattung soll nun eine „Sport und Event GmbH“ übernehmen. Alle Redakteure sind darin angestellt. Die letzten Verträge wurden in der vergangenen Woche unterschrieben. Zwar bekommen die Redakteure vorläufig in etwa weiter das Gehalt, das sie auch jetzt beziehen. Aber sie fallen aus dem Flächentarifvertrag. Ihre Bezüge werden durch Abfindungen und Zulagen gesichert. Aber sie haben fortan unterschiedliche Verträge. Bei einigen dürfte sich – wie auch der Verlag zugibt – nach zwei, drei Jahren das Gehalt fast halbieren.

Beim shz-Verlag ist in den vergangenen Jahren schon deutlich gespart worden. Dabei wurden auch 26 Redakteursstellen gestrichen. Die Strategie des Verlages, der aus kleinen Lokalzeitungsverlagen entstand, ist es, Eigenständigkeit gegen die großen Medienkonzerne zu bewahren und zugleich zu wachsen. Im Frühjahr kaufte der Verlag von Burda die in Mecklenburg erscheinende „Schweriner Volkszeitung“ und wuchs damit erstmals über Schleswig-Holstein hinaus. In Pinneberg und Umgebung ist der Verlag mit dem Beig-Verlag verbunden, an dem

Der größte Zeitungsverlag in Schleswig-Holstein gliedert aus

– erst die Sportredaktion und dann die Politik? Und das bei halbiertem Gehalt?

auch Springer Anteile besitzt. Zum shz-Verlag, dessen Hauptsitz in Flensburg ist, gehören vierzehn Lokalzeitungen mit einer Auflage von insgesamt 190 000 Exemplaren, etwa 700 Angestellte und tausend freie Mitarbeiter.

Die neue Konstruktion für den Sport hat sich nicht die Geschäftsführung ausgedacht, um abermals zu sparen, sondern die Chefredaktion. Dort heißt es: In einem Bundesland, in dem, sportlich gesehen, allein der Handball überregionale Bedeutung habe, sei es für einen Chefredakteur immer schwieriger geworden, gegenüber der Geschäftsführung klarzumachen, dass Sportredakteure auch zu Olympischen Spielen oder Weltmeisterschaften fahren müssten.

Die shz-Antwort darauf lautet nun etwas vereinfacht: Die Sportredakteure sollen sich das Geld verdienen, das sie für Reisen brauchen, was wiederum eine qualitätsvolle Berichterstattung ermöglichen soll. In der neuen GmbH verantworten die Mitarbeiter somit nicht nur die Sportberichterstattung. Mehr als bisher sollen journalistische Produkte wie spezielle Beilagen vor sportlichen Ereignissen angeboten oder Sportberichte an andere Redaktionen verkauft werden. Selbst an

den Verkauf von Eintrittskarten für Sportveranstaltungen ist gedacht. Allerdings sollen innerhalb der GmbH Berichterstattung und Geschäft wenigstens personell getrennt sein. Chefredakteur Richter erwartet von den Sportredakteuren, dass sie genug Rückgrat zeigten, um Konflikte, die durch Interessengegensätze entstehen werden, durchzustehen und die journalistische Freiheit zu bewahren. Der Deutsche Journalistenverband kritisiert: „Dass dies eine berufsfremde Tätigkeit ist, die mit unabhängigem Journalismus nichts mehr zu tun hat, interessiert Geschäftsleitung und Chefredaktion nicht.“

Die Verunsicherung in der Redaktion aber ist groß. Denn schon ist von weiteren Ausgliederungen die Rede. Das könnte etwa die Politikredaktion betreffen.

Das Thema shz soll auch den Kieler Landtag beschäftigen. Jedenfalls hat die SPD-Fraktion dem Koalitionspartner CDU einen entsprechenden Vorschlag gemacht. Die CDU will darauf eingehen – aber erst später, denn jetzt sind alle in den Ferien.

• FRANK PERGANDE

Auf zur Tour de France



Für alle, die sich jetzt noch entscheiden wollen, zur Tour de France (bis 25. Juli 2005) zu reisen, hat der AGON-Sportverlag einen Reiseführer zu Städten und Strecken aufgelegt.

Kennen Sie die Stimmung an den Strecken, auf den Anstiegen, den Gipfeln oder in den Etappenorten? Da hilft Bürte Hoppe's Buch, das alle Regionen, Orte und Berge quer durch Frankreich ausführlich beschreibt. Auf 500 Seiten findet der Leser die Streckenabschnitte, die von der „großen Schleife“ in Vergangenheit und Gegenwart tangiert worden waren. Aufgeführt sind Informationsstellen, Unterkunftsmöglichkeiten, Reiserouten etc. Es gibt Insidertipps für die Etappen in den Hochgebirgen, in den Pyrenäen mit Aspin und Tourmalet, und in den Alpen mit Alpe d' Huez und Galibier, wie man sich dort die besten Plätze ergattert. Und natürlich Episoden rund um die Tour. – Ein Reiseführer mit viel Liebe zum Detail aufbereitet.

• H.-J. BERG

Bürte Hoppe: *Tour de France – ein Reiseführer zu Städten und Strecken.* AGON-Sportverlag. Paperback 504 Seiten, ca. 400 Fotos, 25Euro

Volkssolidarität-Reiseklub ist in Borna sehr gefragt

Im Verlaufe von 10 Jahren sind Seniorinnen und Senioren aus Borna, Geithain, Grotzsch und Umgebung mit dem Berliner „Reiseklub für die besten Jahre“, der bei der Volkssolidarität angesiedelt ist, in 27 Länder auf vier Kontinenten gereist, um Neugier, kulturelle Besonderheiten und Geselligkeiten fernab der Heimat zu genießen. Rechnet man die vielen Reisegruppen Jahr um Jahr zusammen, summiert sich eine stattliche Anzahl von 4500 Leuten.

Das waren Kernpunkte einer Bilanz, die die Chefin der Buchungsstelle des Klubs in der Sachsenallee, bei einer Geburtstagsfeier anlässlich des zehnjährigen Bestehens ziehen konnte. Dazu hatten sich viele bisherige Reisegäste eingefunden. Bemerkenswert sind einige Rekorde von Mitfahrern, die bereits bis zu 20- und 30mal mit von der Partie waren. Bei diesem Beisammensein wartete eine Gruppe von Vorschulkindern aus den Kindereinrichtungen der Volkssolidarität Borna mit einem Programm auf.

An noch möglichen Buchungen wurden u. a. angeboten: Kurzreise zum 60-jährigen Bestehen der Volkssolidarität nach Dresden, Silvesterreisen nach Zittau und Swinemünde.

• BRUNO SCHWEITZER,
BORNA

Die auf der POST-Seite von LEIPZIGS NEUE veröffentlichten Leserzuschriften können bei Wahrung ihres Sinnes gekürzt sein. Die geäußerten Standpunkte und Meinungen müssen nicht unbedingt mit denen der Redaktion übereinstimmen.

„Man kann den Bundestag nicht mit der Volkskammer vergleichen ...“

Das behauptete der Sprecher der ARD-Tagesschau am Freitag 1. Juli 2005. Der Kommentar in der anschließenden Sondersendung, der den „historischen“ Ablauf des Misstrauensantrags im Bundestag wertete, wiederholte den Satz. Anlass war die Ankündigung des Grünen-Abgeordneten Werner Schulz, er werde beim Bundesverfassungsgericht klagen, weil er den Misstrauensantrag Schröders für ein taktisches Manöver hält. Er verglich das Verhalten von Abgeordneten des Bundestages mit dem der Volkskammer. Und eben das sei nicht statthaft, wurde er belehrt und noch am selben Tag gemieden wie ein Aussätziger. Ein denkender Mensch darf und muss vergleichen, weil anders Urteile nicht möglich sind. Vergleichen heißt nicht gleichsetzen. Vergleichen schließt das Unterscheiden ein (z. B., wenn

ein bestimmter Mensch mit einem Kamel oder Esel oder gar Arschloch verglichen wird, wie das Joseph Fischer einmal gegenüber dem Bundestagspräsidenten tat). Was kann, darf und müsste bei einem Vergleich des Bundestages mit der Volkskammer geprüft werden?

• Wessen Interessen helfen die Abgeordneten durchzusetzen? Wenn Bundestagsabgeordnete Rüstungshaien, Pharmedikanten, Ölkonzernen Kapitalexporteure zu Diensten sind, galt das auch für Volkskammerabgeordnete?

• Wie werden Bürger zu Abgeordneten? Wurde bei Volkskammerwahlen nach „würdigen“ Kandidaten in Betrieben und Institutionen gesucht, so werden die Listenplätze heutzutage im unwürdigen Gerangel und undurchschaubaren Geschacher festgelegt (was im Falle Werner Schulz auch öffentlich und bei

der „bunten Liste“ Gysis sogar gerühmt wurde)?

• Wie hatten Abgeordnete mit der Gewissensentscheidung Krieg-Frieden zu tun? In der Volkskammer stand zu keinem Zeitpunkt ein Angriffskrieg zur Debatte. Seit Mitte der neunziger Jahre, (seitdem die DDR als friedensgebietender Faktor ausfiel) haben Bundestagsabgeordnete wiederholt Militäreinsätze „out of area“ zugestimmt, obwohl das Grundgesetz und das Völkerrecht Aggressionen und Interventionen verbieten. Wie hat Werner Schulz abgestimmt? (Über Gewissen, Werte und Moral sollten Kriegsbefürworter schweigen.)

Am 3. Juli war Werner Schulz Gast der erlauchten Sonntagsrunde bei Christiansen. Er kam sogar als erster dran und sollte begründen, warum er den (nicht statthaften) Vergleich mit der Volkskammer gewählt habe.

Schulz begründete das damit: Er hatte Aufsehen erregen wollen. Da habe es nicht ausgereicht, den Bundestag Schmierentheater, Possenspiel oder Tollhaus zu nennen. Da sind wir wieder bei einem Vergleich. Ist es denkbar, dass solche Begriffe auch für die Volkskammer zutreffend gewesen sein könnten? Zweifellos konnten sich DDR-Bürger wünschen, dass es in der Volkskammer streitbarer und mit weniger „Einmütigkeit“ zugegangen wäre. Aber „Tollhaus“?

Der Vergleich zwischen Volkskammer und Bundestag könnte auch helfen, das Wesen des bürgerlichen Parlamentarismus zu durchschauen: Es muss „demokratisch aussehen“, aber die Macht der Besitzenden darf nicht gefährdet werden ... Ein „Possenspiel“.

HORST SCHNEIDER,
DRESDEN

Die Redaktion von Leipzigs Neue erhielt von **DR. HINRICH LEHMANN-GRUBE** und Pfarrer **CHRISTIAN WOLFF** die Faxe *an den Chefredakteur der LVZ, Bernd Hilder*, in dem sie gegen die Art und Weise der Berichterstattung in Sachen *Holger Tschense* protestieren. Da wir es bisher in der LVZ noch nicht wiedergegeben fanden, hier der Text:

Sehr geehrter Herr Hilder, mit wachsender Empörung verfolgen wir die Berichterstattung in der Leipziger Volkszeitung über Holger Tschense und seine vermeintlichen oder wirklichen Verfehlungen. Wir sind nicht bereit widerspruchslos hinzunehmen, wie die LVZ unter Ihrer Verantwortung einen Menschen verunglimpft, an den öffentlichen Pranger stellt, ihn zum Hassobjekt macht. Den vorläufigen Höhepunkt bil-

Achtung vor Menschenwürde ... auch im Fall Tschense

det der Artikel „Confett-Napp“ (verfasst von „sei“) in der Ausgabe vom 24. Juni 2005. Es geht uns nicht um Schuld oder Unschuld von Herrn Tschense. Wir begrüßen ausdrücklich die kritische Berichterstattung. Ihr Artikel „Rechnungsprüfer rügen Leipziger Verwaltung“ vom 27. Juni 2005 zeigt, dass Sie dazu in der Lage sind. Es geht uns um die Presselandschaft in Leipzig. Die LVZ hat als Zeitung in der Region praktisch eine Monopolstellung. Das verpflichtet Sie in besonderer Weise, in Ihrer Kritik an Personen die Grenzen einzuhalten, die auch einer Zeitung durch Anstand und Achtung vor der

Würde des Menschen gesetzt sind. Wir beobachten seit über einem Jahr, dass die LVZ in Einzelfällen, besonders gegenüber Politikern und Amtsträgern diese Grenzen grob überschreitet, indem Personen weit über Kritik und ihren Anlass hinaus geschmäht verhöhnt und verächtlich gemacht werden. Sie bedienen damit Instinkte, die leider vielfach vorhanden sind und die zu früheren Zeiten die Menschen in Massen zu genüsslichen Zuschauern von öffentlichen Hinrichtungen oder Prangerstrafen gemacht haben.

Mit Nachdruck appellieren wir an Sie und Ihre Kolleginnen und Kollegen in den Redaktionen der LVZ, vor allem in der Lokalredaktion, zu einem Arbeitsstil zurückzukehren, der gegenüber jedermann die Grundsätze einer fairen, die Menschenwürde achtenden Berichterstattung einhält.

Matze, UNSER MANN IN MÜNCHEN

GLEICH DREI JUBILÄEN auf einmal hat der Krieger- und Soldatenverein Unterföhring kürzlich mit einer Kranzniederlegung und einem pompösen Festumzug gefeiert: 130 Jahre Vereinsbestehen, 105 Jahre Kriegerdenkmal und 50 Jahre Fahnenweihe. Die Laudatoren (Vereinsvorsitzender, Pfarrer und Bürgermeister) würdigten die „historischen Verdienste“ des Vereins, die da wären: Errichtung eines Kriegerdenkmals um 1900, die Neugründung des Vereins im Jahre 1953, die Anschaffung einer neuen Fahne 1955 usw. usf. Dass der Vereinsvorsitzende besonders stolz darauf ist, dass der Krieger- und Soldatenverein der einzige Verein in der Gemeinde ist, der mit einer Musikkapelle bei Beerdigungen aufspielt, mag man noch mit einem gewissen Schmunzeln zur Kenntnis nehmen. Bedenklich indes angesichts der mehr als fragwürdigen Rolle deutscher Krieger- und Soldatenvereine in der Geschichte als Horte militaristischer Umtriebe (auch dieser Verein war von den Alliierten unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges zu Recht aufgelöst worden):

Die Mitgliederzahlen steigen an. Förderer und ehemalige Kriegsheimkehrer gehören dem Verein an, aber auch „viele junge Leute kommen von der Bundeswehr zu uns“.

DER MACHTKAMPF IST BEENDET. Nach Intervention des Großaktionärs DaimlerChrysler wird Gustav Humbert erster Deutscher Chef von Airbus. Vorausgegangen war ein monatelanges Geschachere der Vertreter der Großaktionäre DaimlerChrysler und Lagardère um die Besetzung der Spitzenposten bei dem weltgrößten Flugzeughersteller und der Konzernmutter EADS. Dabei lag die Lösung längst auf der Hand: Lagardère hält 15 Prozent der Anteile, DaimlerChrysler ist mit einer Beteiligung von 30 Prozent größter Einzelaktionär. Unstimmigkeiten über die Machtbefugnisse sowie die Besetzung weiterer Management-Posten verzögerte das Ganze jedoch. Die Machtansprüche des bisherigen Airbus-Chefs Forgeard scheiterten am Veto von DaimlerChrysler. Forgeard hatte die Unterstützung des französischen Staates, der mit 15 Prozent an der EADS beteiligt ist.

Traditionspflege auf bayerisch ... Deutsches Kapital auf dem Siegeszug ... Edes Reisepläne

Neben DaimlerChrysler-Chef Schrempp soll sich in den vergangenen Tagen auch die Bundesregierung für ein schnelles Ende des Streits eingesetzt haben. Die nun gefundene Lösung bedeutet einen weitestgehenden Sieg des deutschen Aktionärs. Damit ist ein weltweit operierender Konzern fest in der Hand des deutschen Großkapitals, das mit seiner Aktienmehrheit im Airbus-Konzern nun auch zu einem großen Teil die Kontrolle über die Sparten Raumfahrt, Hubschrauber, Airbus sowie Verteidigungs- und Sicherheitssysteme und damit über einen großen Teil der europäischen Rüstungsindustrie ausübt. Kein Wunder, dass der französische Staat angesichts historischer Erfahrungen aus der deutsch-französischen Geschichte mit nahezu allen Mitteln versucht hat, einen Deutschen als Chef des Airbus-Unternehmens zu verhindern – leider erfolglos.

DAS AUSSENMINISTERAMT ist Edmund Stoiber im Falle eines Wahlsieges unserer Angie und ihrer großkopferten Partei wohl nicht mehr zu nehmen, mögen die Westerwelles auch noch so große Purzel-

bäume machen. Das Amt des Außenministers bietet ohnehin gewisse Vorzüge: Man kommt ein bisschen herum, von sozialen Auseinandersetzungen als Folge einer asozialen Innenpolitik bleibt man weitestgehend verschont und im günstigsten Falle kann man von außen zuschauen, wie die uckermärkische Pastorentochter von ihren internen Widersachen á la Wulff und Koch auf kleiner Flamme geröstet wird oder sich selbst demontiert, ohne jemals selbst des Königinnenmords verdächtig zu werden: Man war ja nicht anwesend. Und die Halskette als Mitbringsel für die Gattin ist auch noch drin. Aus gewöhnlich gut informierten Kreisen ist indes bereits durchgesickert, welche überaus exotischen und fremden Länder der bayerische Noch-Ministerpräsident nach seinem Amtsantritt als Außenminister und Vizekanzler zuerst besuchen wird: Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern. Schöne Grüße

Ihr Matze

Tief betroffen nehmen wir Abschied von dir,
lieber Genosse

Ferdinand Schwarz,

da du nun nach 73 erfüllten Lebensjahren nicht mehr mit uns wirken kannst.

Wir denken zurück an die vielen Aktionen in der Partei, bei Wohngebietsfesten und in der Volkssolidarität, die wir seit 1989 in diesem aus dem Boden gestampften Neubaugebiet erleben konnten.

Unser gemeinsames Streiten für die und mit den Menschen hat uns hier eine Heimat gegeben. Und für deinen großen Anteil daran möchten wir dir und deinen Lieben, insbesondere deiner lieben Frau und Genossin Ruth Schwarz, an dieser Stelle ganz herzlich DANKE SAGEN.

PDS-Ortsverband Neu-Paunsdorf

ISOR e. V.

Isor e.V. führt Beratungen für Rentner und angehende Rentner durch, die Mitarbeiter der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR waren. Die Sprechstunden finden an jedem vierten Mittwoch des Monats von 16 bis 18 Uhr im Stadtteilzentrum Messemagistrade, Straße des 18. Oktober 10a, 04103 Leipzig, statt.

Stadtbibliothek Leipzig
Wilhelm-Leuschner-Platz

Ausstellungen:

Musikerporträts aus den Sammlungen der Leipziger Musikbibliothek. Ausstellungsfoyer, 1. Etage
Was ist sozial? Karikaturenausstellung, Oberlichtsaal, 2. Etage, noch bis 23. 7.

Ein Büchermacher mit Konturen. Zum 85. Geburtstag des Verlegers Hans Marquardt

Veranstaltungen:

20. 7., 17 Uhr, Kinderbibliothek, Erdgesch.: **Reisewein und Rüsselkäfer.** Vernissage. Zeichnungen und Illustrationen von Lisa S. Rackwitz

26. 7., Kinderbibliothek, Erdgesch.: **Piraten Ahoi.** Lustige und spannende Geschichten von wilden Seeleuten – ab 6 Jahre

BUCHHANDLUNG RIJAP

Literatur für SIE

Im Juli neu bei uns:

Klaus Behling: Der Nachrichtendienst der NVA. Geschichten, Aktionen, Personen. edition ost, 12,90 Euro

Justus von Denkmann: Wer Merkel wählt, wählt ... Spotless, 4,00 Euro

Klaus Eichner, Ernst Langrock: Der Drahtzieher. Kai Homilius Verlag, 18,00 Euro

Wir beschaffen jedes lieferbare Buch.

Wir liefern in Leipzig frei Haus! In alle anderen Orte Sachsens für geringes Porto!

Bestellen Sie per Telefon, Fax oder Internet
☎ 0341 - 9 11 01 70, Fax: 0341 - 9 11 01 71
www.buchhandlung-rijap.de

In Leipzig finden Sie uns in der

Filiale Axispassage

04159 Georg-Schumann-Str. 171

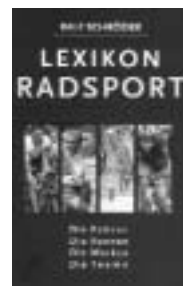
Filiale Eutritzscher Zentrum

04129 Wittenberger Str. 83

Filiale Büchermarkt Mockau Center

04357 Mockauer Str. 123

Auch dieses Buch ist über die Buchhandlung RIJAP zu erhalten...



Wer gewann 1896 das erste Radrennen Paris-Roubaix? Wer gewann die Friedensfahrt oder den Giro

d'Italia? Wer war der Gagarin der Landstraße? Wie oft gewann Lance Armstrong die Tour de France? Diese und noch viel mehr Fragen beantwortet das über 400 Seiten starke Lexikon Radsport. Etwa 1300 Stichworte stellen über 700 Fahrer und 120 Fahrerinnen sowie mehr als 100

Teams vor. Jeder Sieger der Tour de France wird in einem Kurzporträt vorgestellt. Auf Sonderseiten wird über Lance Armstrong und der „Gagarin der Landstraße“ Gustav-Adolf Schur berichtet.

Trotz des späten Redaktionsschlusses im April 2005 ist das Lexikon unvollständig. So wird der Amateur-Radsport fast ganz ausgeklammert.

Der vierfache Friedensfahrtsieger Ryszard Szurkowski aus Polen findet nur in der Statistik Beachtung. Dagegen wird der vierfache Sieger Uwe Ampler aus Deutschland in einem Kurzporträt, vorrangig über seine Profilaufbahn in den Neunziger Jahren, vorgestellt.

• **R. FIEBELKORN**

Ralf Schröder: *Lexikon Radsport.* Verlag Die Werkstatt, Göttingen 2005. 448 S., 24,90 Euro

Frauenkultur e. V.

Leipzig, Windscheidstr. 51

22. 7., 20.30 Uhr: Sommerfilm. *Die Konkurrentin.*

29. 7., 20.30 Uhr: *Natur – Stein – Bruch.* Ausstellungseröffnung – Zeichnungen der Dresdner Bildhauerin Eva Anderson

30. 7., 20.30 Uhr, Frauensommer-special: *Jacobien Vlasmann mit Hüftgold. Das Konzert-Ereignis!*

SZM

Stadtteilzentrum Messemagistrade
Straße des 18. Oktober 10a

22. 7., 15 Uhr: *Kinderdisco zum Ferienanfang*

26. 7., 15.30 Uhr: *Tennis für Kinder, 19 Uhr: Tennis für Jugendliche*

28. 7., 19 Uhr: *Tischtennisturnier für Jugendliche*

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V.

☎: 0341-9608531, Fax: 0341-2125877



VERANSTALTUNGEN

Mittwoch, 3. August, 18 Uhr, Leipzig

In der Globalisierungsfalle – politische Alternativen zum Neoliberalismus.

Podiumsdiskussion mit *Dr. Volker Külow*, MdL, Vorsitzender des PDS-Stadtverbandes Leipzig, und *Enrico Stange*, WASG

Gewerkschaftshaus, Gartensaal, Karl-Liebknecht-Straße 30/32
Die Veranstaltung ist für jedermann offen

Unser Genosse

Werner Billwitz

ist am 10. Juli

65 Jahre

geworden

Alles erdenklich Gute für die Zukunft wünschen dir, lieber Werner, die Genossen der PDS-Basisorganisation Lößnitz II



Mag uns der Wind der Marktwirtschaft auch noch so beuteln. Wir stehen! Leicht gekrümmt. Aber wir stehen. Auch dank Ihrer Hilfe – die wieder einmal dringend nötig ist!

SPENDEN an:

Projekt Linke Zeitung e. V.,
Sparkasse Leipzig, Konto: 11 50 11 48 40 – BLZ 860
555 92, Kennwort: Spende für LN

Übrigens: LN ist auch ein prima Geschenk für Freunde, Bekannte, Nachbarn ...

Bestellschein

LIEFERANSCHRIFT:

Name, Vorname
Straße, Hausnummer
PLZ, Ort
evtl. Telefon

RECHNUNGSANSCHRIFT

(nur extra auszufüllen, wenn dies ein **Geschenkabonnement** ist

Name, Vorname
Straße, Hausnummer
PLZ, Ort

Das Halbjahresabonnement kostet 13 Euro.

Solidaritätspreis: Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis von 13 Euro zusätzlich 5 Euro.

Ausgefüllten Bestellschein bitte an

LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig schicken

Die Zeitung erscheint vierzehntäglich und wird über die Post zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis 1 Monat vor Bezugsende in der Redaktion kündigt.

Ich bitte um Rechnung
 Ich bezahle durch Bankeinzug

Geldinstitut
BLZ
Kontonummer
Kontoinhaber

Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers
Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.

2. Unterschrift des Auftraggebers

Lüste und Laster mit Marktfrau Marlene

Eine flotte Zunge hat diese Person, da muss man ganz schön aufpassen, um alles mitzubekommen. Und Geschichten kann die erzählen: Pikant und pietätlos.

Goethe, Bach, Nietzsche und der schöne Jonas – keiner wird verschont. Letzterem streute die holde Leipziger Weiblichkeit einst Rosen auf das Pflaster, bevor er auf dem Marktplatz gerichtet wurde. Gründe kennt Marlene, und sie weiß auch genau Bescheid, warum sich Studenten und Kaufleute vor dem

alten Rathaus in enge Büdchen einschließen ließen. Nur zum Vergnügen natürlich!

Leipzig erleben mit Marktfrau Marlene. Gut zwei Stunden führt und verführt sie ihre Mitläufer vom Bahnhof über die Nordstraße, zum Brühl, vom Barfußgässchen bis zum Ratskeller. Dort erfrischt einen der „Arme Sünder Schluck“. Probieren geht auch in diesem Fall über studieren.

Das frivole Büchlein „Leipzig im Taumel“ erschien 1799 und wurde sofort vom Magistrat der kurfürstlich-sächsischen Messestadt verboten, weil es alle besseren Bürger, die schmutzige Westen hatten, mit Namen und Hausnummer erwähnte. Marlene hat beim damaligen Verfasser August Maurer nachgelesen und taumelt nun ebenfalls – sehr vergnüglich – durch die Stadtgeschichte mit Namen und Hausnummer.

Das lose Mundwerk – im richtigen Leben gehört es Angelika Pönitz – können sie kennenlernen bei Leipzig Information, wenn es dort mit „Leipziger Sünden und Sündern“ auf Tour geht. Alles fast jugendfrei!

• MIZO



Wanderungen durch Neufünfland

Als wir dieser Tage durch Heiligendamm kamen, glaubten wir einen Augenblick, eine Geldknackerbande hätte sich an einem der Hotelsafes vergangen. Dass bei dem Publikum was zu holen war, war allen klar. Aber als wir nach dem Motiv forschten, das das Polizeiaufgebot in die „Weiße Stadt am Meer“ getrieben hatte, glaubten wir unseren Ohren nicht zu trauen: Weil 2007 der G-8-Gipfel in Heiligendamm stattfinden soll, hatte man 2005 bereits mit den Sicherheitsvorkehrungen begonnen! Die Rostocker Polizeichefs rühmten sich, keine „auswärtigen“ Kräfte für den Einsatz mobilisiert zu haben! Und dann wurde noch ein Polizeichef mit den Worten zitiert: „Wir wollen ja nicht mit Kanonen auf Spatzen schießen!“ Wirklich nicht? Zwei Jahre im Voraus den Ort faktisch zu besetzen, dürfte wohl eher die Vermutung zulassen, dass man mit Raketen auf Spatzen schießen wollte.

Diese Feststellung reduziert mit keiner Silbe die tiefe Trauer um die Opfer des Irrsinn-Anschlags in London. Also: Sicherheit ist nötig, aber eben nicht schon zwei Jahre vorher.

Wäre übrigens zufällig am gleichen Tag früh gegen 4.30 Uhr ein Polizist am Ilm-Kreis-Center in Arnstadt vorbeigekommen, hätte er wohl auch seinen Augen nicht getraut, aber wenigstens Hilfe mo-

Heiligendamm und weißes Reh

bilisieren und einen unglaublichen Kriminalfall lösen können. Jeder in der Stadt konnte uns noch Tage später präzise erzählen, was sich zugetragen hatte: Ein riesiger Radlader hatte mit seinen Stahlarmen den Geldautomaten einer Bank aus der Wand gerissen. In Windeseile war er dann von dem Gangsterkran auf einen Pritschenwagen gehievt und davongekart worden. Bei Niederwillingen fand man später den Pritschenwagen und den ausgeräumten Geldschrank. Man rief nach Zeugen und hofft, die Täter demnächst zu greifen. Wir grübelten, was ein solcher Radlader wohl in Heiligendamm hätte ausrichten können, kamen aber zu keinem Ergebnis.

Nicht weit von Arnstadt, nämlich in Ilmenau, hatten wir wieder einmal Gelegenheit zu lernen, was ein echter Rechtsstaat ist. Da fehlt es uns doch täglich an Nachhilfeunterricht. In einem Gerichtssaal sollte geklärt werden, ob Herr K. und Frau P. tatsächlich auf jenem Grund und Boden leben, der ihnen gehört. Die Frage war akut geworden, als Herr K. plötzlich seine Umwelt wissen ließ: „Ich kann mit meinem Grundstück machen, was ich will!“ und dazu zählte er das Recht, Bäume zu fällen, von denen bislang nicht erwiesen ist, ob sie auf seinem Grundstück stehen. Zu 39 Prozent soll da nämlich im Unrechtsstaat DDR Boden bebaut worden sein, der gar nicht hätte bebaut werden

dürfen. Das Gericht unterließ nichts, um der Wahrheit auf die Spur zu kommen. Man trieb den Vermessungsingenieur auf, der damals die Zeichnungen gefertigt hatte. Auf Grenzsteine habe er nicht geachtet, gestand er, sondern mehr auf die Abstände zu anderen Häusern, die bei dem geplanten Neubau zu beachten gewesen wären.

Das Gericht warf erst einmal das Handtuch. Es fand nicht heraus, wer wann Unrecht begangen hatte. Aber wir blieben optimistisch, als wir weiterzogen und waren sicher, eines Tages wird der Bundesgerichtshof die Sache klären!

Und weil wir es leid waren, über Unrecht und Klauerei und Sicherheitskontrollen zu reden, machten wir uns auf den Weg nach Döllstädt, wo man uns schon voriges Jahr von einem weißen Reh erzählt hatte. Das Reh ist inzwischen herangewachsen, kein Zoologe vermochte bisher herauszufinden, wie es zu dieser Rehfellfarbe kam – das Reh ist kein Albino! – aber die Umwelt beobachtet fast jeden seiner Schritte. Dass jemand auf die Idee käme, das Tier zu erlegen, ist unwahrscheinlich, denn in der Waidwelt gilt die jahrhundertealte Regel: Wer ein weißes Reh erlegt, stirbt noch im gleichen Jahr. Und so erwies sich einmal mehr, dass Leugenden oft stärker sind als Gesetze!

• KLAUS HUHN

64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

FUNDSACHEN

Jeden Tag kommt eine neue Kahlschlagidee. Das Wort Reform wird missbraucht. Wenn ich einen Papagei hätte, würde ich ihm drei Worte beibringen: Mehrarbeiten, Lohnkostensenken, Weiterprivatisieren.

Norbert Blüm, Bayerisches Fernsehen 21. 6.

Die letzte echte Olympiade war die von 1960. Der Kommerz hatte noch nicht viel zu sagen.

Armin Hary, 100-m-Weltrekordler, Bayerisches Fernsehen 21. 6.

Gucken Sie sich den „Spiegel“ an – das ist ein neoliberales Blatt geworden. Gemeinsam mit der Bild-Zeitung. Da muss man gegenhalten. Da gibt es laut „Spiegel“ eine Einladung des Kanzlers an Schriftsteller und Intellektuelle. Frei erfunden. Eine solche Einladung hat es nie gegeben. Das ist Schweinjournalismus.

Klaus Staeck, Plakatkünstler ZDF 22. 6.

Königin Margarethe II. von Dänemark freute sich höchstselbst.

Eine Reporterin in 3sat 24. 6. (Na sowas, sonst lässt sie wohl freuen?)

Volksvertreter – so ein Missverständnis. Nehmen wir einmal

einen Schnürsenkelvertreter. Was will denn der? WDR 25. 6.

Die britische Royal Airforce verweigert bis heute jede Information über die Bombardierung der mit KZ-Häftlingen überfüllten Schiffe in der Lübecker Bucht im Jahre 1945. Vor allem auf den ehemaligen Luxus Schiffen Cap Arcona und Deutschland und zwei kleineren Schiffen kamen 7000 Häftlinge ums Leben. 3sat 27. 6.

Horst, unser Bundesköhler, hat ... in einer Ansprache herausgerechnet, dass im Osten „schweres Unrecht die Erfolge bei der Entnazifizierung überschattete“. Hätten sie da mal lieber gleich die Finger von der Entnazifizierung gelassen, dann wären sie vielleicht genauso gut gefahren wie der Westen ... Zufällig sind seiner Entnazifizierung nämlich keine Nazis zum Opfer gefallen. Oder welche Naturgewalt sollte sonst dafür gesorgt haben, daß gegen 70 000 ehemalige Angehörige des Reichssicherheitshauptamtes nur poplige 18 Verfahren eingeleitet wurden?

Utz Bamberg, Eulenspiegel 7/05

• Gefunden von
MANFRED ERBE



Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e. V., V. i. S. P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig, Tel./Fax: 0341 / 21 32 345

E-Mail: leipzigs_neue@t-online.de

Internet: www.leipzigs-neue.de

Einzelpreis: 1 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung: Ralf Fiebelkorn, Büro- und Verlagsservice, Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig. Tel./Fax: 0341 / 21 32 345

Anzeigen, Werbung: BERGdigital, Hans-Jürgen Berg, Oststraße 39, 04420 Markranstädt. Tel.: 034205/18 010, Fax: 034205/18 062 E-Mail: bergpr@web.de

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 12. Juli

Die nächste Ausgabe erscheint am 29. Juli

Spendenkonto für Projekt Linke Zeitung e. V. bei der Sparkasse Leipzig, BLZ: 860 555 92, Konto: 11 50 11 48 40